

Wöchentlich 80 Pf., monatlich 2,60 M.,
im Voraus zahlbar, Postbeleg 4,30 M.
einzelheftlich 60 Pf., Postbeleg 1,- und
72 Pf. Postbeleggebühren. Auslands-
abonnement 6,- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
Unterhaltung und Wissen, „Frauen-
stimme“, „Lohn“, „Was ist die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536. — Postkonto: Post der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wollfr. 65, D 8 u. Die-Wei. Postfach 100, Lindenstr. 3.

Mittwoch
29 Januar 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Reparationspolitik
des Völkern, „Kommunisten“ des stich-
wärtigen Wortes (jünglich zum
letzten Mal), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Streifenliste des ersten
Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienangelegenheiten
40 Pfennig, Angelegenheiten im Haupt-
geschäft Dönhofsstraße 3, modernisiert
von 11, bis 17 Uhr.

Primo zurückgetreten.

General Berenguer bildet das neue Kabinett.

Savas meldet aus Madrid:
General Primo de Rivera ist zurückge-
treten.

General Berenguer ist vom König mit der
Bildung des neuen Kabinetts beauftragt
worden.

Madrid, 28. Januar. (Agentur Fabra.)

Die Nachricht vom Rücktritt Primo de Riveras
wurde vom General selbst den wartenden Jour-
nalisten mitgeteilt, als er um 9 Uhr abends das könig-
liche Palais verließ. Er gab gleichzeitig bekannt, daß
das Rücktrittsgesuch des Kabinetts vom König bereits
angenommen, und daß General Berenguer mit
der Bildung der neuen Regierung betraut worden sei.

*

Die Diktaturherrschaft des Generals Primo de Rivera
hat immerhin über sieben Jahre gedauert: am 12. Sep-
tember 1923 erfolgte jener Militärputsch, durch den das
Parlament (Cortes) abgeschafft und alle Macht in die Hände
eines zunächst rein militärischen Direktoriums gelegt wurde.
Zwei Jahre später, am 3. Dezember 1925, wurde zwar das
Militärregime insofern etwas gemildert, als einige Zivilisten,
darunter auch frühere Abgeordnete, in das Kabinett auf-
genommen wurden, aber das militärische Element blieb noch
immer stark verankert und die Diktatur blieb als solche
bestehen: Regierungsdokumente erlangten Gesetzeskraft,
die Presse unterstand einer Zensur, auch die Tele-
gramme und Telephonate der ausländischen Korrespondenten
wurden streng überwacht, damit nichts Ungünstiges über das
Regime Primo de Riveras in die fremden Länder drang.

Dennach wäre es ganz abwegig, die spanische
Diktatur mit der italienischen in einem Atemzuge zu
nennen. Primo selbst pflegte mit Stolz darauf hinzuweisen,
daß im Gegensatz zum italienischen Mussolini weder politische
Wortklaubereien an den Begnern des Regimes, noch sonstige
Gewalttaten vorgekommen seien. Nur in Barcelona sind vor
Jahren aus Anlaß einer Militärrevolte mit national-
katalanischem Hintergrund zwei oder drei Meuterer stand-
rechtlich erschossen worden. Die sonstigen Ausschreitungen teils
militärischer, teils ziviler Natur haben einen verhältnismäßig
friedlichen, zum Teil sogar operettenhaften Ausgang ge-
nommen.

Spanien, dessen Städte einen hypermodernen Auf-
schwung genommen haben, ist politisch ein zurück-
gebliebenes Land; das hängt mit der kulturellen Rück-
ständigkeit der Landbevölkerung zusammen, die unter dem
Einfluß des Klerus steht und, besonders im Süden, einen er-
schreckend hohen Prozentsatz von Analphabeten aufweist.
Infolgedessen hat dieses Land ein wirklich parlamenta-
risches Regime nie gekannt, wohl aber lagen die Korrupti-
onsauswüchse eines Scheinparlamentarismus klar zutage.

Deshalb ist bei der Masse das Regime Primos nie di-
rekt verhaßt, ja nicht einmal wirklich unpopulär gewesen.
Nur die intellektuelle liberale Bourgeoisie nahm dagegen den
Kampf auf. Die Arbeiterklasse lehnte es bewußt ab,
für die korrupten Elemente des früheren Regimes die Kasta-
nen aus dem Feuer zu holen. Die sozialistischen Gewerk-
schaften hielten es für wichtiger, die soziale Lage der Ar-
beiterklasse zu verbessern und dies ist ihnen auch in nicht un-
erheblichem Maße gelungen: denn Primo begriff den großen
Vorteil, den diese realpolitische Taktik der Arbeiterführer auch
für ihn bedeutete, und ließ dem klugen Arbeitsminister
Eduardo Perez freie Hand, um sozialpolitische Maßnah-
men durchzuführen, die gerade für Spanien einen beträcht-
lichen Fortschritt darstellten.

In dieser langen Zeit und dank dieser scheinbar neu-
tralen Haltung, haben sich die Gewerkschaften und auch die
sozialistische Partei stark konsolidiert und sie bilden die ein-
zige organisierte Macht in Spanien. Für eine Ergrei-
fung der politischen Macht durch sie allein ist es freilich
noch zu früh: Die Jahrhunderte lang systematisch gezüchtete
Ignoranz in weiten proletarisch-ländlichen Schichten des Volkes
lassen sich nicht durch einige Jahre emsiger Aufklärungsarbeit
überwinden.

Aus allen diesen Gründen ist zum Jubel über den Rück-
tritt Primos kein Anlaß, besonders wenn man hört, daß der
König Alfonso der XIII. einen anderen General mit
der Kabinettsbildung betraut hat: nämlich Primos per-
sönlichen Todfeind, General Berenguer. Berenguer, Intimus
und Günstling des Königs, hat, aus Hyazinthenismus gegenüber dem Monarchen, im Jahre 1923
jene Offensiv bei Tetuan in Spanisch-Marokko inszeniert, die
einen katastrophalen Ausgang nahm. Um seine damals durch
den Volksgorn bedrohte Krone zu retten, ließ König Alfonso

General Berenguer — nachdem er ihn selbst in das Tetuan-
Abenteuer geführt hatte — glatt fallen und er hob Primo de
Rivera in den Sattel.

Im Laufe der Jahre ist aber der König seines Diktators
wieder müde geworden. Freilich wagte er nicht, offen gegen
ihn vorzugehen: denn wenn das Volk zwischen Primo und
dem König zu wählen hätte, würde es besonders in der
städtischen Arbeiterschaft immer noch den burschikosen General
dem Erben einer degenerierten Königsfamilie vorgezogen
haben. Dafür ließ der König unter der Hand durch den
Hof und durch ihm ergebene Militärs und ehemalige Mini-
ster gegen Primo de Rivera Intrigieren und agitieren. Der
Versuch des Diktators, dessen Stellung dadurch schon seit
langem erschüttert war, direkt an die Armee zu appellieren,
ist gescheitert, wahrscheinlich weil der König verschiedene
Armeekorpsführer durch Versprechungen von Orden, Abset-
zungen und dergl. bereits heimlich gegen Primo gewonnen
hatte. Dieser hat nun die Konsequenz gezogen und seinen
Rücktritt unterbreitet, der natürlich vom König mit Begeiste-
rung angenommen worden ist.

Es bleibt freilich abzuwarten, ob der neue Mann einen
Fortschritt bedeuten wird. So sehr man es begrüßen würde,
man muß leider einstweilen skeptisch bleiben, weil die
Vergangenheit der spanischen Monarchie keinerlei Ver-
trauen für die Zukunft einflößt.

Gefahr in Katalonien?

London, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Ueber den Rücktritt Primo de Riveras werden in
London noch folgende Einzelheiten bekannt. Ehe Rivera
dem König sein Rücktrittsgesuch einreichte, hatte
er eine längere Unterredung mit dem obersten Komman-
deur der spanischen Armee, General Julio Crespo
und dem General Barrera, Kommandeur von
Barcelona. Es verlautet, daß Barrera, der zu dieser
Besprechung aus Barcelona eingetroffen war, dem
Diktator einen Bericht über die

Kritische militärische Lage in Katalonien

gegeben habe. Dieser Bericht soll es gewesen sein, der
bei Primo de Rivera den Ausschlag gegeben hat, um
den Rücktritt anzufordern. Nach dieser Sitzung begab sich
Primo in Begleitung des Finanzministers und des
Ministers des Innern in den Palast, wo er dem König
sein Rücktrittsgesuch unterbreitete. Rivera soll
bei dieser Gelegenheit erklärt haben, er sehe ein, daß es
ein Irrtum gewesen sei, die militärischen und Marine-
chefs von Spanien einzuladen, über seinen Rücktritt oder
sein Verbleiben zu entscheiden. König Alfonso von
Spanien wird vermutlich den General Berenguer,
einen früheren Oberkommissar von Marokko und jetzigen
Chef des Militärkabinetts des Königs, zur Re-
gierungsabildung auffordern. Im Falle dieser
Ablehnung, wird wahrscheinlich Graf Guadalupe, einer
der Führer der „patriotischen Union“, aufgefordert wer-
den, das Kabinett zu bilden.

Am späten Nachmittag lag in London ein Dementi
über den Rücktritt Primos vor. Englische Nachrichten-
agenturen sind jedoch im Laufe des Abends mit Madrid
in direkte telephonische Verbindung getreten und haben
hierbei die Bestätigung des Rücktritts Primos
erhalten.

Die Verhandlungen in Preußen.

Volkspartei wird mit der Beratung nicht fertig.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am
Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr die unterbrochene Fraktions-
sitzung wieder auf, um die Erörterung über die Frage der Bildung der
Großen Koalition fortzusetzen. Die Beratungen werden als
streng vertraulich bezeichnet. Kurz nach 6 Uhr vertagte die Fraktion
die Weiterbesprechung auf Mittwoch vormittag. Irgendwelche Be-
schlüsse sind nicht gefaßt worden. Die Fraktion wird dem Minister-
präsidenten davon Mitteilung machen, daß die Bitte, bis Dienstag
abend ihm die Stellung der Deutschen Volkspartei mitzuteilen, nicht
entsprochen werden kann, da man noch mitten in den Beratungen
stehe.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die sich ebenfalls mit
der politik-parlamentarischen Lage befaßt, beauftragte den
Ministerpräsidenten, die Verhandlungen in dem bisherigen Sinne
weiterzuführen. Eine Entscheidung über die Stellungnahme der
Fraktion für den Fall, daß die Verhandlungen an den Dem-
okraten scheitern sollten, wurde noch nicht getroffen.

Neuordnung.

Die Reform der Berliner Kommunalverwaltung.

Von Dr. Karl Herz.

Die Deutschnationalen haben im Landtag einen Antrag
auf Umgestaltung der Berliner Kommunal-
verwaltung eingebracht. Während aber ihre früheren
Anträge auf eine Verzichtung Berlins zielten, begnügen sie
sich jetzt mit der Forderung einer stärkeren Dezentralisation
und einer Umgestaltung der zentralen Verwaltung zu einer
nur kontrollierenden Instanz. Der jetzige Antrag der Deutschna-
tionalen bedeutet also eine Aufgabe ihres früheren Stand-
punktes, der die Großgemeinde Berlin wegen ihrer ange-
lichen Lebensunfähigkeit wieder auflösen wollte. Die Deutschna-
tionalen haben nunmehr die prinzipielle Grund-
lage des von ihnen als völlig unbrauchbar bekämpften
Grundgesetzes von Groß-Berlin anerkannt. Der
durch sozialdemokratische Initiative erfolgte Zusammenschluß
der Berliner Gemeinden zu der einheitlichen Großgemeinde
ist heute außer allem Streit.

Die innere Organisation dieses Riesengebildes,
das augenblicklich schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, ist
allerdings immer noch problematisch und auch innerhalb der
kommunalpolitischen Kreise der Partei im Kampfe gegen-
sätzlicher Meinungen umstritten. Gegenüber dem früheren,
von Oberbürgermeister Böß ausgehenden Änderungsbestre-
ben hatte die Stadtvorordnetenfraktion —
sachlich mit Recht — zunächst eine ablehnende oder jeden-
falls abwartende Haltung eingenommen, da es
richtig erschien, zunächst weitere Erfahrungen in der Anwen-
dung des Gesetzes zu sammeln und das Ergebnis der im Ver-
waltungswege in Aussicht genommenen organisatorischen Ver-
einfachungen abzuwarten. Nach den Ereignissen der jüngsten
Zeit läßt sich dieser Standpunkt m. E. nicht mehr aufrecht er-
halten, da die Vorkommnisse der letzten Monate Mängel haben
erkennen lassen, die nicht oder jedenfalls nicht ausschließlich
auf persönliche Unzulänglichkeiten zurückzuführen sind, sondern
auf Konstruktionsfehlern im organisatori-
schen Aufbau beruhen. Diese Erkenntnis ist heute allge-
mein zum Durchbruch gelangt. Eine aktive Stellung-
nahme an Stelle der bisher abwartenden Haltung ist außer-
dem durch die Tatsache geboten, daß die preussische Regierung
die seit Jahren in Aussicht genommene große Ver-
waltungsreform nunmehr ernsthaft in Angriff ge-
nommen hat und daß im Rahmen der neuen Städte-
ordnung die Sonderfragen, die der gegenwärtige Aufbau
der Berliner Kommunalverwaltung aufgerollt hat, Lösung
erheischen.

Ueber Ziel und Weg richtung der unvermeidlich ge-
wordenen Reform sind freilich in Parteikreisen die Ansichten
keineswegs geklärt. Mit allgemeinen Schlagwörtern oder mit
Klagen über das Verlangen der Zentrale oder der Bezirks-
instanzen läßt sich keine allgemeine Leitlinie gewinnen. Ebenso
unfruchtbar ist eine Einstellung, die ihre Orientierung nicht
aus grundsätzlichen Erwägungen gewinnt, sondern aus dem
beschränkten Erfahrungskreis der amüßigen Tätigkeit des je-
weiligen Kritikers.

Um der Diskussion in Parteikreisen eine Grundlage zu
geben und eine über Allgemeinplätze hinausgehende, in kon-
krete Details eindringende Erörterung in Gang zu bringen,
reibe ich in zahlenmäßiger Folge die Änderungsvorschläge an-
einander, die nach meiner Auffassung als richtunggebend für
die bevorstehende Umgestaltung des Gesetzes zu betrachten
sind. Eine Einzelbegründung kann ich schon aus Raumgründen
an dieser Stelle nicht geben. Leitender Gesichtspunkt muß
überall sein, die politische Wesenseigenschaft der Selbstver-
waltung zur organisatorischen Ausprägung zu bringen. Diese
Wesenseigenschaft besteht aber darin, daß vermittle der
Selbstverwaltung die innere Gesellschaftsstruktur durchströmen-
den Kräften in die öffentliche Verwaltung übergeführt und damit
die Schranken niedergelegt werden, die die historische Entwik-
lung des deutschen Obrigkeitsstaates zwischen Staat und Volk
aufgerichtet hat. Diese politische Leitidee muß außerdem für
ein Riesengebilde vom Umfange Berlins von zwei an sich
gegenständlichen, aber nicht ausschließenden organisations-
technischen Grundfragen gestützt werden: Auf der einen Seite muß
die Einheit in der Vielheit gewahrt werden, also
das Funktionieren der Verwaltung nach einem den ganzen
Apparat durchdringenden Willen in grundsätzlichen Fragen
sichergestellt werden. Auf der anderen Seite muß die Viel-
heit in der Einheit aufrechterhalten werden,
damit nicht die örtlichen Besonderheiten erstickt werden unter
der unferne ganze öffentliche Verwaltung gegenwärtig be-
drohenden Gefahr eines bürokratischen, schematisierenden
Zentralismus. An anderer Stelle habe ich als Ausdruck einer
gleichzeitig zusammenfassenden und wieder untrübenden
Synthese die Formel geprägt: Die Verwaltung muß
konzentriert, die Verwaltung muß dezent-
ralisiert werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend mache ich für die
Neugestaltung des Gesetzes folgende Änderungsvorschläge:
1. Die Zahl der Bezirke ist zu verringern.
Ob man an Stelle der jetzt 20 Bezirke auf 12 oder noch weiter auf

oder 6 Bezirke heruntergehen will, ist Sache der Einzelprüfung. Die 20 Bezirke, in denen zum Teil noch die alten Gemeinden fortleben, waren eine Uebergangs- und Kompromißlösung. Die Aufteilung der Berliner Kernstadt in die 6 Innenbezirke, die sich zunächst als Uebergangsregelung rechtfertigen ließ, ist meines Erachtens heute nicht mehr aufrechtzuerhalten.

2. Bezirksverjüngung und Bezirksamt sind nach dem Muster des sächsischen Einbürgerungsgesetzes zu einem Verwaltungskörper zusammenzuführen. Die Wahl der leitenden Beamten durch die Bezirkskörperschaft ist beizubehalten. Jedoch ist sowohl der Personenkreis, der diese Bezirkskörperschaft bildet, wie auch die Zahl der berufsmäßigen Bezirksamtsmitglieder klein zu halten. Ich sehe — wahrscheinlich im Gegensatz zu vielen Parteigenossen — nicht auf dem Standpunkt, daß die Ueberzahl von Funktionären, wie sie jetzt zweifellos vorhanden ist, der demokratischen Durchdringung des Verwaltungsapparates förderlich ist.

3. Die unbefeheten Stadträte im Magistrat wie in den Bezirksämtern fallen fort. Dieses Ehrenamt war auf die bürgerliche Honoratiorenverwaltung der Klein- und Mittelstädte des vorigen Jahrhunderts zugeschnitten. Ein im Arbeitsverhältnis stehender Arbeiter hat heute in Berlin nicht mehr die Zeit und die wirtschaftliche Möglichkeit, ein derartiges Amt mit seinen außerordentlichen Ansprüchen an Arbeitszeit und Arbeitskraft auszuüben.

4. Die Vorsitzenden der Bezirksämter sind Mitglieder des Magistrats, damit die zentralen Gesichtspunkte in den Bezirken, die Sonderinteressen der Bezirke in der Zentrale zur Auswirkung und gegenseitigen Durchdringung gelangen. Der Hauptfehler der heutigen Organisation besteht darin, daß die Verbindungsgelenke zwischen Zentrale und Bezirke viel zu schwach sind und daher in den leitenden Spitzen der Verwaltung keine Einheit besteht. Der Magistrat wird also künftighin sich aus Sachdeputierten (den jetzigen Fachrädten) und Ortsdeputierten (den Vorsitzenden der Bezirksämter) zusammensetzen.

5. Der Magistrat verliert sein selbständiges Beschaftungsrecht, die Stadtverordnetenversammlung wird alleiniges Willensorgan der Gemeinde, der Magistrat wird Ausführungsorgan (demokratisches Einkammer-system). Die von mancher Seite angeregte Ersetzung des kollegialen Magistratsystems durch das rheinische Oberbürgermeister-system kommt für Berlin nicht in Betracht.

6. Die laufende Verwaltung ist Sache der Bezirke. Soweit nicht die Natur der Sache eine zentrale Verwaltung gebietet, hat die Zentrale nicht selbst zu verwalten, sondern nur die Grundzüge für die Verwaltung aufzustellen und deren Innehaltung zu kontrollieren.

Diese sechs Punkte bezeichnen die Richtung, die m. E. der Reformbewegung gegeben werden muß. Eine im demokratischen Sinne durchgreifende Umgestaltung der Verwaltung darf freilich hier nicht halt machen. Soll der Wirkungstreis der Berliner Kommunalverwaltung gesteigert werden — und ich bin optimistisch genug, zu hoffen, daß nach der jetzigen Krise wieder ein neuer Aufschwung einsetzt — so muß zu der inneren Neuordnung, die lediglich den organisatorischen Aufbau ändert, eine Neugliederung der Zuständigkeiten zwischen den Staats- und Gemeindebehörden hinzutreten. Dieses Problem mündet in die allgemeine Verwaltungsreform ein, drängt aber in Berlin zur schleunigen Lösung, da gerade Berlins Gemeindevverwaltung aus historischen Ursachen, die sich aus der Eigenhaft der Stadt als Residenzstadt ergaben, unter einer Ueberfülle konkurrierender Staatsämter auf schwerste in ihrer Entfaltung und in der verwaltungsmäßigen Durchführung der großen Sachaufgaben gehemmt wird.

Am kurz und konkret zu veranschaulichen, was ich meine, mag als Beispiel für das ständige Ueber-schneiden von Zuständigkeiten der verschiedenen Verwaltungsebenen der Hinweis darauf genügen, daß wir neben den kommunalen Stadtämtern die staatlichen Kreis-ärzte, neben den städtischen Schulorganen die staatlichen Schulbehörden, neben den kommunalen Jugendämtern die Vormundschaftsgerichte, neben den Fachstellen der Stadtverwaltung zahlreiche Polizeior-gane mit rein kommunalen Aufgabenkreis haben. Nicht die Zahl der Beamten ist zu groß, sondern die Zahl der Ämter! Eine durchgreifende Rationalisierung der Berliner Lokalverwaltung — dieser Begriff im weitesten Sinne auch auf die mit drücklichen Aufgaben besetzten Staatsinstanzen erstreckt — ist ein staatspolitisches Gebot der Stunde und darf auch vor ehrwürdigen Verwaltungstraditionen, insbesondere vor dem stillen, aber um so zäheren Widerstand der staatlichen Bürokratie nicht haltmachen. Wenn alle Kräfte der Partei sich zur Lösung dieser großen Aufgabe zusammenfinden, werden wir aus der gegenwärtigen Depression herauskommen und den Beweis erbringen, daß die Sozialdemokratie die Kraft und den politischen Willen hat, Berlin auf Grund freier Selbstverwaltung zur Hochburg des kommunalen und sozialen Gedankens zu machen.

„Sturmflut“ und Hochverrat.

Die Folgen des Geheimdrucks.

Leipzig, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann am Dienstag ein Prozeß gegen den 59 Jahre alten Buchdruckermeister Emil Fritz Pächter und den 49jährigen Schriftsetzer Emil Schuster, beide aus Berlin. Als Folge der Mai-Unruhen in Berlin wurde am 2. Mai 1920 die kommunistische Tageszeitung, die „Rote Fahne“ verboten. Die KPD gab im Mai 1920 eine Ersatzzeitung „Die Rote Sturmflut“ heraus, von der vier Nummern erschienen sind. Am 10. Mai wurde die Nummer vom gleichen Tage in der Buchdruckerei Streifand in Berlin in mehreren tausenden Exemplaren von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Die Inhaber dieser Buchdruckerlei Pächter und Friedländer wurden verhaftet, ebenso Schuster, der in diesem Betrieb als Schriftsetzer beschäftigt war. Friedländer wurde außer Verfolgung gesetzt, gegen Pächter und Schuster wurde die Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikanengesetz erhoben. Pächter gibt zu, die Zeitung in seinem Betrieb gedruckt zu haben, bestreitet aber, daß er gewußt habe, daß es sich bei der „Roten Sturmflut“ um eine Ersatzzeitung der verbotenen „Roten Fahne“ handelte. Er habe auch selbst gar kein Interesse, die kommunistische Partei irgendwie zu unterstützen. Zu der Verhandlung sind zahlreiche Jungen geladen. Das Urteil wird wahrscheinlich am Donnerstag verkündet.

Ein Stahlpfosten eingesperrt. Der Stahlpfosten der Kirchgemeinde Grunow in Mecklenburg-Strelitz, Stoppel, wurde am Dienstag verhaftet, da er in dem dringenden Verdacht steht, große Veruntreuungen begangen zu haben. Pfosten Stoppel war mehrere Jahre Verwalter eines Kasseienervereins in seinem Wirkungsort. Die Veruntreuungen wurden bereits vor längerer Zeit aufgedeckt. Damals wurde Stoppel zunächst seines Amtes als Pastor enthoben.

Das Zündholzmonopol beschlossen.

Vorstoß gegen Genossenschaften abgewehrt.

Der Reichstag hat am Dienstag das Zündholzmonopolgesetz und die damit verbundene Anleihe über 300 Millionen Mark mit 240 gegen 143 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. Die Sozialdemokratie hat ihre Zustimmung gegeben. Trotz erheblichen Widerstandes stimmte auch die Deutsche Volkspartei zu, deren Fraktion für diesen Fall ausdrücklich Fraktionszwang beschlossen hatte.

Die Zustimmung der Sozialdemokratie ist erfolgt, obwohl gegen das Zündholzmonopolgesetz und gegen die Anleihe gewisse Bedenken bestanden. Entscheidend war für ihre Haltung aber, daß die Anleihe zur Sanierung der Kasse des Reiches unbedingt erforderlich ist, daß auf anderem Wege gegenwärtig ein so hoher Betrag von einer halben Milliarde Mark nicht aufgebracht werden kann, und daß das Scheitern dieser Anleihe mit unsehbarer Sicherheit zu einer erneuten Zahlungsnot des Reiches führen würde. Außerdem gelang es der Sozialdemokratie den Vorstoß sämtlicher bürgerlichen Parteien gegen die genossenschaftliche Zündholzproduktion im wesentlichen zurückzuweisen und den Versuch, auf diesem Wege dem Genossenschaftsgedanken einen schweren Schlag zu versetzen, zum Scheitern zu bringen.

Die Vorlage der Reichsregierung, die unter dem sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding entstanden ist, sah vor, daß der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine eine Jahresproduktion von 23 000 Kisten garantiert werde und außerdem ein jährlicher Zuwachs von 1 1/2 Prozent gleich 345 Kisten. Da die Produktion der GEG im Jahre 1929 nur etwa 20 000 Kisten betrug und der Zündholzverbrauch ziemlich stabil ist, so war damit eine erhebliche Ausdehnung

der genossenschaftlichen Produktion gesichert. Gegen diese Bestimmung richtete sich daher der ganze Ansturm des Handels, der von den Zündholzgigant, die die Genossenschaften herstellen, eine schwere Konkurrenz erwartet.

Unter der Führung Sachens hat der Reichsrat Beschlüsse gefaßt, die der genossenschaftlichen Produktion überaus starke Fesseln anlegt. Die Ausgabe im Reichstags war deshalb für die Sozialdemokratie besonders schwierig, denn sie mußte nicht nur den Widerstand der bürgerlichen Parteien brechen, sondern der Vorlage auch eine Gestalt geben, durch die ein Einspruch des Reichsrats verhindert wurde. Diese Aufgabe ist erfolgreich gelöst. Statt der 19 000 Kisten, die der Reichsrat für die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine vorgegeben hatte, sind die 23 000 Kisten mit dem Recht für einen jährlichen Zuwachs von 1 Prozent gleich 230 Kisten durchgesetzt worden, die Sicherung für weitere Ausdehnung der genossenschaftlichen Produktion ist also gegeben. Der Versuch, die Genossenschaften zu zwingen, schlechtere Zündhölzer herzustellen, wurde ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde der Kleinhandels Höchstpreis von 30 Pfennig, der den Konsumgenossenschaften gestattet hätte, ihre Ware auch unter diesem Preise zu verkaufen, zu einem festen Kleinverkaufspreis von 30 Pf. umgestaltet, der weder unter- noch überschritten werden darf.

Es ist bedauerlich, daß diese Konzession gemacht werden mußte, aber da dies schließlich der einzige wichtige Streitpunkt zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Regierungsparteien war, konnte daran der Gesetzentwurf nicht zum Scheitern gebracht werden. Höher als dieser kleine Nachteil steht die Ermöglichung, daß der Angriff auf die genossenschaftliche Eigenproduktion überhaupt abgewehrt wurde und mit der Anleihe ein wichtiger Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen getan wird.

Nachprüfung der Reichskasse.

Ein Bericht des Rechnungshofes.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches zugegangen, die sich mit der Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1927 befaßt. Die Beanstandungen von Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben bleiben hinter denen früherer Jahre zurück. In zahlreichen Punkten werden Vorbehalte gemacht, da die Prüfung noch nicht endgültig abgeschlossen ist.

Bei Reichswehrministerium wird mitgeteilt, daß für die eingehende Prüfung der großen Beschaffungsfonds für Heer und Marine, insbesondere der Verträge über den Bezug von Waffen, Munition usw., die bisher nur unzulänglich vorgenommen werden konnte, beim Rechnungshof ein weiterer Beamter angestellt worden sei. Das Ergebnis dieser Prüfung wird später mitgeteilt werden.

Zusammenfassend stellt der Rechnungshof fest, daß die zahlenmäßigen Ergebnisse seiner Prüfungstätigkeit für das Rechnungsjahr 1927 an fortlaufenden Windertragungen und Mehreinnahmen rund 2 020 000 M. und an einmaligen Windertragungen und Mehreinnahmen rund 1 117 000 M. betragen. Außerdem sind an Beiträgen, die zuviel ausgezahlt oder zu wenig erhoben worden waren, der Reichskasse als einmalige Einnahme rund 2 338 000 M. zugesprochen oder für die zukünftigen Jahre festgestellt worden. An Beiträgen, die zu Unrecht erhoben oder zu wenig ausgezahlt worden waren, sind aus der Reichskasse als einmalige Ausgabe rund 80 000 M. herausgezahlt worden.

Kostspieliges Verkehrsministerium.

Das Motorboot des deutschnationalen Ministers.

Im besonderen scheint sich die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofes diesmal auf den Haushalt des Reichsverkehrs-

ministeriums erstreckt zu haben. Dieses Ministerium wurde im Jahre 1927 von dem deutschnationalen Verkehrsminister Koch-Düffeldorf verwaltet, und es muß sehr eigenartig an, daß in diesem Jahre zum Gebrauch des Reichsverkehrsministers ein schnell-fahrendes Motorboot für den Preis von 53 500 Mark beschafft wurde. Die Verhandlungen über die Zulässigkeit dieser Maßgabe zwischen dem Rechnungshof und dem Reichsverkehrsministerium schweben noch. Neben diesem Motorboot sind aber auch 12 000 M. für die Beschaffung eines Dienstkraftwagens für das Verkehrsministerium außerplanmäßig verausgabt worden. Auch über diese Ausgabe ist eine Einigung zwischen dem Rechnungshof und dem Ministerium noch nicht erzielt. Die übrigen Bemerkungen zeigen nicht gerade von übermäßiger Sparsamkeit. So sind für mehrere Studienreisen nach Amerika über 12 000 M. ausgegeben worden. Die Bedürfnisfrage für diese Studienreisen ist noch zu klären. Für Studienreisen hat man im Reichsverkehrsministerium anscheinend eine besondere Vorliebe. Zur Aufstellung für Binnen-schiffahrt in Bofel wurden 47 Beamte des höheren und mittleren Dienstes des Reichsverkehrsministeriums entsandt. Das kostete rund 9000 Mark. Noch großzügiger war man bei der Verkehrsausstellung in München. Hier wurden über 100 Beamte des höheren und mittleren Dienstes entsandt. Das verursachte einen Kostenaufwand von über 14 000 M. Der Rechnungshof vermag ein unabwiesbares Bedürfnis für diese Ausgaben nicht anzuerkennen. Für den Bürodirektor des Reichsverkehrsministeriums wurde eine Wohnung beschafft, und dabei ist ihm ein Baukostenzuschuß gewährt worden. Der Rechnungshof bestreitet ebenfalls die Zulässigkeit einer solchen Ausgabe. Weitere Auseinandersetzungen zwischen dem Rechnungshof und dem Reichsverkehrsministerium gibt es noch auf dem Gebiet der Beilegung für das Luft- und Kraftfahrwesen. Auch hierüber sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Kleinarbeit im Landtag.

Kommunisten stimmen gegen ihren eigenen Antrag.

Der Preussische Landtag führte am Dienstag die zweite Lesung des Staatsdomänen zu Ende. Die ebenfalls auf der Tagesordnung stehende Abstimmung über den Haushalt der Staatsforsten ergab u. a. die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, der eine Altersversorgung für die Staatsforst-arbeiter fordert, und die Annahme eines ebenfalls von den Sozialdemokraten gestellten Antrages, den Forstarbeitern die Möglichkeit zum Aufstiegen in Beamtenstellen zu geben.

Bei der darauf folgenden Abstimmung über den Bergetat brachten es die Kommunisten fertig, mit den Deutschnationalen und der Volkspartei gegen ihren eigenen Antrag zu stimmen, der vom Staatsministerium verlangt, daß die bergpolizeilichen und gesellschaftlichen Bergarbeiter-schutzmaßnahmen auch innegehalten werden, weil der in dem Antrag enthaltene Satz, daß unter keinen Umständen Ausnahmen gemacht werden dürfen, abgelehnt wurde. Der kommunistische Antrag wurde trotzdem, und zwar mit den Stimmen der Regierungsparteien, angenommen. Angenommen wurde ferner dabei ein Antrag, der durch Einwirkung auf die Reichsregierung höhere Frachttarife für Brennstoffe verhindern will und ein Antrag, der bei Rückgliederung des Saargebiets die ungeschmälernte Rückgabe der Saargruben und der Kohlenfelder bei voller Wahrung der Interessen der Bergarbeiter verlangt.

Ohne große Aussprache verabschiedete hierauf das Haus noch eine Reihe kleinerer Etats.

Die nächste Sitzung mit der Tagesordnung Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt beginnt am Mittwoch um 12 Uhr. Außerdem stimmte das Haus noch über den Antrag des Unterrichts-ausschusses ab, die für Schleswig-Holstein vorgesehene pädagogische Akademie in Altona zu errichten. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 140 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag der Volkspartei auf Errichtung der pädagogischen Akademie in Flensburg gescheitert.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beschloß die zweite Lesung des Republikanengesetzes am Dienstag, den 4. Februar, vorzunehmen.

Jungdo wird „parteilich“.

Er will eine neue Partei bilden.

„Der Jungdeutsche Orden“ hat unter seinem Hochmeister Ariur Rahraun bereits viele Aufrufe und vielgestaltige Parolen erlassen. Kern aller war aber immer, neben dem Kampf gegen den „Plutokratismus“, eine Kampfanfrage gegen den „Parteilismus“ in Deutschland.

Jetzt tritt er nun mit einem weiteren Aufruf an die Öffentlichkeit, der die Bildung einer neuen Partei ankündigt. Die „Volkssationale Reichsvereinigung“, die von Rahraun gegründet wurde, soll „eine große Partei der nationalen Erneuerung“ werden, den Kampf gegen den Marxismus wie gegen „plutokratische Bergemaltungen“ führen. Sie fordert von ihren Mitgliedern „ethisch veranlagte, verantwortungsbewußte Aufbauarbeit auf dem Boden der gegebenen staatspolitischen Grundzüge“ und „Offenheit, Wahrheit und Reinheit im politischen Leben“!

Der Aufruf trägt eine große Zahl von Unterschriften, unter denen die Namen von Arbeitern natürlich sehr selten sind. Dafür aber sind der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete, Seminar-direktor Kuntze und der Landtagsabgeordnete Sörjen dabei.

Der Name „Volkssational“ ist zwar ebenso widersinnig wie „beutschnational“, aber vielleicht macht die neue aus dem Antiparteilismus geborene Partei eine bessere Politik als die Konkurrenz von rechts. Man wird nicht nur ihre Aufrufe, sondern auch ihre Taten ansehen müssen, wenn sie ein festeres Gebilde werden soll.

Heraufhebung der Altersgrenze für Hochschullehrer. Der Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtags nahm mit den Stimmen der Rechtspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrums einen Gesetzesantrag der Zentrumsfraktion auf Heraufhebung der Altersgrenze für Hochschullehrer auf 68 Jahre an. Für die Sozialdemokratie hatte Abg. Kölling darauf hingewiesen, daß der Staat alles Interesse daran habe, den akademischen Nachwuchs zu fördern.

Selb und die neue Bundeshymne. Zu einer Wiener Schubart-Veranstaltung, an der der Bundespräsident teilnahm, wurde die neue schwarz-gelbe Bundeshymne gesungen. Alle Anwesenden, so meißt der Bericht, entzückten ihr Haupt, nur Bürgermeister Selb nicht. Er wurde deshalb ausgepfiffen.

Partei Treviranus.

Eine Kundgebung der „Volkonservativen“ Vereinigung

Im ehemaligen preussischen Herrenhaus machte gestern die neu gegründete „Volkonservative Vereinigung“, in der sich die abgeordneten Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei zusammengeschlossen haben, ihre Hauptversammlung. Diese „Volkonservative“ Vereinigung ist nicht zu verwechseln mit der „Volkonservativen“, die Wahren führt.

Rachinänder sprachen in der Kundgebung vier Reichstagsabgeordnete, zuerst der Vorsitzende Treviranus, dann der Landwirt und der Großindustrielle, zum Schluß der „Arbeitervertreter“. Treviranus führte aus, daß, obwohl auch er die Notwendigkeit einer Friedenspolitik nach außen anerkenne, die Volkonservative Vereinigung die Haager Abmachungen ablehne. Die wenig freilich im Volke die Notwendigkeit dieser Ablehnung begriffen sei, das beweise das Ergebnis des Hugenbergschen Volksentscheides, der nicht einmal ein Drittel des deutschen Volkes auf die Beine gebracht habe. Man habe geglaubt, daß gegen die organisierte Masse der Linken eine Organisation durch Geld helfen könne; man habe sich getrrt. In der Öffentlichkeit habe das Feldgeschrei wider den Marxismus am wenigsten Erfolg gehabt. Margistische Gedanken seien in immer weitere Kreise vorgegangen. Treviranus bekannte sich gegen den Gedanken der Diktatur; er will den Massen der Mißvergnügten und Abgestützten ein Dach errichten, das von den Säulen bodenständiger Gruppen aus weltanschaulichen Ideen heraus getragen sei.

Als Landwirt warnte sich Reichstagsabgeordneter Schlang-Schlingen scharf gegen Hugenberg. Er sagte: „Wir haben den § 4 im Freiheitsgesetz abgelehnt, weil wir sagen: Wer den guten Glauben anderer diffamiert, der diffamiert sich selbst.“ Hugenpolitik darf nie zu innerpolitischem Parteikampf degradiert werden. Sie muß vielmehr so betrieben werden, daß man über Parteigrenzen hinweg mit Ueberzeugungsgründen eine breite Front der Deutschen schafft.“ Als Schlang auf das Wort des Reichspräsidenten Hindenburg in seinem Neujahrswort hinwies, daß nur der wahrhaft national handele, der mitarbeitete an den Aufgaben der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft, erwiderte der Zwischenruf „Seoring!“ Schlang schloß: „Wollt Ihr im Vhrfennel hinter der Entwicklung herlaufen oder mit hartem Wirklichkeitsinn in zähem Ringen uns diesen Staat erobern helfen?“

Der Schwerindustrielle Dr. Köhne bekannte, daß die Zeiten der Lohnkriegen in Deutschland endgültig vorbei sind. Die Arbeiter seien heute nicht bezahlte Diener, sondern Mitinhaber des Vaterlandes. (Durch wen wurden sie es, Herr Köhne?) Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Arbeiter und Unternehmer sei zu erstreben. Trotzdem die Schwerindustrie selber „schwer“ sei, wolle sie der Landwirtschaft praktische Hilfe leisten. Hugenberg habe den Ausgetretenen vorgeworfen, sie hätten ihren Schritt nur getan, weil sie zur Mitle drängten. Demgegenüber sage er, daß nach seiner Ansicht das Deutschland der Zukunft allerdings weder kommunistisch noch nationalsozialistisch sein werde. Im neuen Staate müsse die große Rechte gebildet werden.

Am letzten Stelle unter den Abgeordneten sprach als „Arbeitnehmervertreter“ Walter Lambach. Er will die Familie schützen und die Kindesseele vor Vergiftung bewahren. Er will feste Notbrot und eine allgemeine Harmonie herbeiführen. Er will aber auch dem Volke Halt und Wehrhaftigkeit geben. Dies glaubt er in der Volkonservativen Vereinigung zu erreichen. Von dem Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft sprach er mit keinem Wort. Auf einen theoretischen Vortrag über „Kollektivismus und Individualismus“ folgte eine kurze Aussprache, die gleichfalls nichts Neues brachte.

Am Montagabend empfing die künftige Volkonservative Vereinigung einen Kreis von Journalisten, dem sie über Zweck und Ziel der neuen Organisation Rede und Antwort stand. Ein Programm hat diese Vereinigung — wie Treviranus betonte — nicht. Sie steht weder zur Monarchie noch zur Republik, sie fühlt sich weder nach rechts noch nach links gebunden. Sie will den Kampf gegen die Sozialdemokratie, ohne auf das Schlagwort „Wider den Marxismus“ zu verfallen, sie fühlt sich „national“ ohne nationale Schlagworte dauernd aber ewig im Munde zu führen. „Wille zur Ehrlichkeit“ soll das oberste Ziel dieser neuen nicht als Partei, sondern als Vereinigung ohne jede Bindung gedachten Gruppe sein.

Kein Zweifel, daß diese Vereinigung sich aus Elementen zusammensetzt, die innerlich nicht übereinstimmen, und die nur unter dem Zwang der Tatsachen versuchen, eine Art Gemeinschaft zu bilden. Den Kern dieser Vereinigung werden die aus der Deutschnationalen Partei ausgetretenen und bisher führenden Mitglieder der Deutschnationalen Partei bilden. Der von der „Volkonservativen Vereinigung“ herausgegebene Aufruf ist z. B. von 450 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet. Es handelt sich dabei im großen und ganzen um bisherige Mitglieder der Deutschnationalen Partei, die Hugenberg die Gefolgschaft verweigert haben.

Die „Volkonservative Vereinigung“ wird demnächst eine Wochenchrift herausgeben, für die der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband zeichnet.

Becker in Wien.

Von Studenten am Reden verhindert.

Wien, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Der preussische Kultusminister Dr. Becker, der sich gegenwärtig in Wien zu Besuch aufhält, hielt heute abend im Kulturklub einen Vortrag über das Bildungsproblem in der Kulturkrise der Gegenwart. Hakenkreuzlerische und Heimwehrstudenten röteten jedoch den Vortrag, an dem auch der österreichische Unterrichtsminister und der Universitätsrektor als Zuhörer teilnahmen, durch ununterbrochene Zwischenrufe, so daß schließlich der Vortrag unterbrochen werden mußte, worauf die Studenten enerviert und die Schreier verhaftet wurden. Dann konnte Dr. Becker seinen Vortrag zu Ende führen.

Der russische General Kuskepp, ein intimer Freund des Großfürsten Witold und ehemaliger Adjutant des Generals Wrangel, ist spurlos verschwunden. Die russische Emigrantenszene in Paris, deren unbedeutendster Führer der General war, hatte ihm ständig eine besondere Sicherheitswache gestellt. Sie hegt den Verdacht, daß Kuskepp von bolschewistischen Agenten in den Hinterhalt gelockt und entführt worden ist.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund behandelt bei dem am Mittwoch, dem 29. Januar, stattfindenden Ausspracheabend im Saal des Demokratischen Klubhauses, Vittoriastraße 24, abends 8 Uhr, das Thema: „Vom Haag nach Genf“. Es spricht Wolfgang Schwarz, Schriftleiter des „Vorwärts“, Gäste willkommen.

Massenmörder!



„Rasch die Leichen fort! Draußen stehen die Deutschen!“

Handelschiffe und Seeabrüstung.

Neuaufrollung dieser Frage. — Tardieu fährt nach Paris zurück.

London, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Die Delegierten der fünf auf der Flottenkonferenz vertretenen Seemächte haben nunmehr die langwierigen Erörterungen über die Tagesordnung der Konferenz abgeschlossen und mit der Festlegung der Reihenfolge der zu erörternden Fragen die erste große Schwierigkeit, der sich die Konferenz gegenüber befand, erfolgreich überwunden. Da sich eine sachliche Einigung nicht erzielen ließ, hat man zu dem Ausweg Zuzucht genommen, die verschiedenen Fragen nach der „alphabetischen Parität“ der einzelnen Länder in Angriff zu nehmen. Auf diese Weise werden zuerst die amerikanischen Vorschläge, dann die französischen, die englischen usw. zur Diskussion kommen.

Der einzige wichtige neue Gesichtspunkt, der im Laufe des Dienstag auftauchte, war die Frage der

Einschlebung der Handelschiffe

in die Tagesordnung. Die Frage wurde von dem japanischen Delegierten Wakabayashi aufgeworfen. Dieser wies darauf hin, daß der Washingtoner Flottenvertrag ein Verbot der Ausrüstung von Handelschiffen für kriegerische Zwecke enthalte; der Artikel des Washingtoner Vertrages sei jedoch infolge der Entwicklung der Militärflotten und aus sonstigen Gründen in

seiner gegenwärtigen Form nicht mehr brauchbar. Nach Auffassung der japanischen Delegation muß die Konferenz das ganze Problem der Bewaffnung der Handelschiffe und ihrer Verwendungsmöglichkeiten als Flugzeugmutterchiffe neu behandeln. Diese Anregung wurde angenommen und die Erörterung der Frage auf der Konferenz beschlossen. Die Beschlüsse des Dienstag werden der Volkonsferenz am Donnerstag zur Billigung vorgelegt werden. In dieser Sitzung wird auch die Zusammenkunft der fünf Delegationsführer, in deren Rahmen sich in den letzten Tagen die Verhandlungen abspielten, offiziell zu einem Komitee umgewandelt werden.

Am Dienstag nachmittag fanden eine Reihe Sonderverhandlungen zwischen England und Japan und später zwischen Engländern und Franzosen statt. Die Einzeldiskussionen werden am Mittwoch fortgesetzt werden. Die Festlegung der Tagesordnung, und damit der Abschluß der ersten Etappe der Konferenz hat den französischen Ministerpräsidenten Tardieu zu dem Entschluß veranlaßt, im Laufe der nächsten Tage nach Paris zurückzukehren und Briand als Delegationsführer in London zurückzulassen. Tardieu hat jedoch zu verstehen gegeben, daß er, falls nötig, bereit sei, jederzeit wieder nach London zurückzukehren.

Finanzkapital fürchtet für Indien.

Indische Bonds fallen wegen der Selbständigkeitsbewegung

London, 28. Januar.

Gestern abend ist eine Erklärung des Staatssekretärs für Indien ausgegeben worden, die besagt, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß in Indien die Verteilung von Schulden eine praktische Möglichkeit werde. Diese Zusage des Staatssekretärs erfolgte in Beantwortung einer Anfrage bezüglich der indischen Sterling-Obligationen, deren Wert während der letzten Monate erheblich gesunken ist.

Nachspiel zum Utrechter Dokument.

Eine Interpellationsdebatte in Brüssel.

Brüssel, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Der von der Utrechter Fälschungsaffäre her bekannte flämisch-nationalistische Abgeordnete Ward Hermans richtete am Dienstag in der Kammer Sitzung seine seit langem angelegentlichste Interpellation in dieser Angelegenheit an die Regierung. Er sprach in ziemlich aufgeregtem Tone. Seine Rede gab zu verschiedenen heftigen Zwischenfällen und einem Ordnungsruf Anlaß. Aber sachlich enttäuschte er, da er über die Utrechter Angelegenheit nichts wesentlich Neues sagen konnte und sich nur gegen die Anschuldigung verteidigte, an der Fälschung oder der Vermittlung der Fälschung nach Holland beteiligt gewesen zu sein. Im übrigen fehlte er sich sehr scharf mit dem bekannten ehemaligen Polizeipolizei Frank Heine und seinen Auftragsgebern auseinander. Von etwas größerem Interesse waren die mehr grundsätzlichen Ausführungen Hermans über das belgisch-französische Militärabkommen, das so den Anlaß zu der Utrechter Fälschungsaffäre gegeben hatte. Er forderte die Regierung auf, endlich volle Klarheit über dieses Abkommen zu schaffen, da die Bündnispolitik mit Frankreich einen großen Teil der belgischen Bevölkerung sowie das Ausland beunruhige.

Ministerpräsident Jaspar, der die Interpellation beantwortete, hielt es nicht für nötig, auf diese grundsätzlichen Fragen einzugehen und beschränkte sich im wesentlichen darauf, mit Hilfe von Zitaten aus Ward Hermans Schriften einen Gegenangriff auf diesen zu richten. Ein großer Teil der walloonischen Abgeordneten war übrigens bei der Interpellation, die in flämischer Sprache begründet wurde, abwesend.

England und die Sowjetkredit. Der sowjetische Botschafter in London ist darüber informiert worden, daß es der Politik der englischen Regierung nicht entspricht, eine von einer fremden Regierung in England aufgenommene Auslandsanleihe zu garantieren. Dagegen ist es möglich, für solche Kredite, die von englischen militärischen Kreisen der russischen Handelsorganisation eingeräumt werden sollten, eine Garantie auf Grund der Exportkrise zu beschaffen.

Nordkomplott gegen Gil und Rubio.

Festgenommen geständig.

New York, 28. Januar. (Eigenbericht.)

In Mexico City wurde eine neues Nordkomplott gegen den Präsidenten Portes Gil und Dr. Rubio aufgedeckt. Siebzehn seit mehreren Tagen verhaftete Personen sind, nach polizeilichen Mitteilungen, geständig. Die Verschwörer, die der Partei Vasconcellos angehören, planten Sprengung von Regierungsgebäuden, Ermordung führender Staatsmänner und Auslösung einer Regierung Vasconcellos. Die Polizeibehörden treffen zum Regierungswechsel am 5. Februar umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen.

„Prophet Dimitri Schulz.“

Eine seltsame sowjetische Geschichte.

Ueber das von der Moskauer Staatsanwaltschaft aufgenommene Untersuchungsverfahren gegen die geheime Gemeinschaft „Alleiniger Tempel“, das nunmehr vor dem Abschluß steht, macht die amtliche Telegraphen-Agentur „Tas“ unter anderem folgende Angaben:

An der Spitze der Gemeinschaft stand ihr „Prophet“ Dimitri Schulz, früher Sprachlehrer an einer Behrenskult. Schulz übte auf die Mitglieder der Gemeinschaft, der auch junge Künstler, Schüler des Konservatoriums usw. angehörten, einen suggestiven Einfluß aus und veranlaßte sie insbesondere zu gegenseitigen schweren körperlichen Züchtigungen. Auf die feierlichen Andachten der Gemeinschaft folgten stets zügellose Orgien, denen sich die Mitglieder der Gemeinschaft auf Geheiß des „Propheten“ hinzugeben pflegten. Die Gemeinschaft war von Schulz vor etwa sieben Jahren aus einer spiritistischen Gesellschaft gegründet worden. Schulz hat ein neues Evangelium verfaßt, das er „Trojstpruh“ nannte. Seine Lehre ist ein eigenartiges Gemisch, in dem

Bestandteile des Evangeliums, des Korans, des Talmuds, der Lehre des Konfuzius

mit den Auswüchsen seiner Phantasie verschmolzen sind. Die Lehre macht den Mitgliedern der Gemeinschaft Sabotage in Sowjetländern, Haß gegenüber der Sowjetmacht und Antisemitismus zur Pflicht. Alle 30 Mitglieder der Gemeinschaft wurden von Schulz auf unerhörte Weise ausgebeutet. Sie wurden sogar gezwungen, in den Straßen Moskaus zu betteln. Das geringste Vergehen wurde mit schweren körperlichen Züchtigungen bestraft. Die ermittelten Mitglieder der Gemeinschaft sind nach dem Gutachten der Sachverständigen kaum zurechnungsfähig; sie sind in Irrenanstalten übergeführt worden.

Nachschickensur in Rumänien. Eine Anzahl von Brestelegrammen Bukarester ausländischer Korrespondenten sind in den letzten Tagen von der Regierung zurückgehalten worden.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen.

Kommunisten und Nationalsozialisten im Rathaus.

Den Kommunisten der Berliner Stadterordnetenversammlung wird allmählich bange um ihren bisherigen Ruhm, die unerreichbare Meiste der Demagogie zu sein. Seit die Nationalsozialisten in das Rathaus eingezogen sind, machen sie ihnen einen sehr fühlbaren Wettbewerb. Die gestrige Stadterordnetenversammlung brachte die Fortsetzung der Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag auf durchgreifende Kürzung der Direktorengelälter und über die von den Kommunisten und von Nationalsozialisten gestellten Anträge auf Ausgabenveränderung. Bei der Rede des Nationalsozialisten gerieten die Kommunisten in Erregung, weil sie durch seine demagogischen Phrasen sich übertroffen sahen. Unsere Genossen Flatau und Barth behandelten die Kommunisten und Nationalsozialisten als Brüder, die einander wert sind. Sie geißelten die Demagogie der Nationalsozialisten und stellten neben sie die Demagogie der Kommunisten.

Einigen Dringlichkeitsanträgen der Nationalsozialisten wurde widersprochen, sie kamen später zur Verhandlung. Einen besonderen Sport treiben die Nazis mit dem Widerspruch gegen erste Ordnungsrufe. Schon zum zweiten Male protestierte Dr. Goebbels gegen einen ihm erteilten Ordnungsruf und zum zweiten Male lehnte die Versammlung den Einspruch ab. Dafür stimmten nur die Nationalsozialisten und die Hugenbergianer. Einer Vorlage des Magistrats gemäß, stimmte die Versammlung der Erhöhung der Feuerbestattungsgebühren auf 50 M. zu; bisher zahlten Selbstzahler 40 M. für die Einäscherung. In der Beratung betonte Genosse Klose, daß man sich in der Ausschufleistung davon überzeugen mußte, daß

die Ankosten der Feuerbestattung die Einnahmen übersteigen. Einer Ermäßigung des Satzes für Einwohner mit einem Einkommen bis 3600 M. jährlich konnten die Sozialdemokraten nicht zustimmen, da eine genaue Begrenzung auf diese Summe keine Gewähr dafür bietet, daß jemand mit wenig mehr Gehalt nicht trotzdem wirtschaftlich schlechter steht. Der Einwand des kommunistischen Redners, bei einer Erhöhung der Gebühren sei auch mit einer Heraufsetzung der Mitgliedsbeiträge in den Feuerbestattungsvereinen zu rechnen, traf nach der Erklärung uns nachstehender Vereine nicht zu. Die Sozialdemokraten werden der Erhöhung zustimmen. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde der Antrag auf Erhöhung mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Mit dem Roten Kreuz wollte die Stadt Berlin nach einer Vorlage einen Vertrag schließen, nach dem bei plötzlich auftretenden Seuchengefahren (Epidemien) und bei augenblicklichen Vorkäufen in den Krankenhäusern das Rote Kreuz transportable Baracken mit samt der Einrichtung zur Verfügung stellen soll. Für die ersten zehn Baracken soll das Rote Kreuz jährlich 19 000 M. Pauschalgebühren erhalten, für jede weitere in den Dienst gestellte Baracke monatlich 150 M. Miete. Genosse Strieder sagte, der Vertrag mit dem Roten Kreuz sei für die Stadt so ungünstig, daß die Sozialdemokraten nicht zustimmen könnten. Der Redner forderte, daß die Stadt dem Roten Kreuz zehn Baracken, falls sie in gebrauchsfähigen Zustände sind, käuflich erwerbe. Bei übrigen Fälle die Vorlage in einem nur sehr losen Zusammenhang mit der Krankenhäuserfrage in Berlin, da die Baracken ja nur in Fällen dringender und plötzlicher Not benutzt werden sollen. Abänderungsanträge wurden abgelehnt, abgelehnt wurde auch der Vertragsentwurf mit dem Roten Kreuz. Angenommen dagegen wurde der Antrag der Sozialdemokraten, mit dem Roten Kreuz wegen des Ankaufs von zehn gebrauchsfähigen Baracken in Verhandlungen zu treten.

Bei einer Vorlage zur Kenntnisnahme betreffend Maßnahmen gegen die Wiedereinführung der Theaterzensur, die zurückführt auf einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, bemängelte

Genosse Flatau,

daß der Magistrat, statt den Antrag an die zuständigen Behörden weiterzugeben, einen Beamten beauftragt hat, juristische Ratsfellen

aufzumachen, um die Nichtweiterleitung zu begründen. Die Behandlung dieses Antrags sei ein

Beispiel mehr dafür, wie vom Magistrat Anträge der Stadterordneten behandelt werden.

Im übrigen dürfte man das Stück „Giltiges über Berlin“ des Kommunistenführers Koppel, um das es sich ursprünglich handelte, getroffen sich selbst überlassen. — Eine Forderung von 159 165 M. für den Umbau des Rathauses Niederschönhausen zu einem Realgymnasium und 9100 M. für die Aufstellung der in Buch vorhandenen Schulbaracke in Heinersdorf und Karow wurden beantragt. Dabei traten die Magistratsmitglieder den Behauptungen der Redner entgegen, als beabsichtige der Magistrat, die Sparrmaßnahmen bei der Schulverwaltung über Gebühr anzuwenden. — Die Debatte über den

Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die hohen Gehälter in den städtischen Gesellschaften abzubauen,

wurde nach der Vertagung am letzten Donnerstag fortgesetzt. Verbunden mit der Beratung sind Anträge der Kommunisten auf Erhöhung der Gehälter und Löhne städtischer Angestellter und Arbeiter und Entlassung arbeiterfeindlicher Beamten. Die Nationalsozialisten forderten eine Verminderung der Ausgaben der städtischen Verwaltung. Nach dem nationalsozialistischen Redner sprach Genosse Flatau. Zu dem kommunistischen Lohnerhöhungsantrag erklärte Flatau kurz und bündig, daß wir

die Durchführung von Lohnerhöhungen nur den Gewerkschaften vorbehalten wissen wollen.

Wenn die Gewerkschaften dabei Schwierigkeiten haben sollten, so werden sie, falls sie darum ersuchen sollten, die Hilfe der Sozialdemokraten finden. Wir lehnen den Antrag also ab. Bei bisherigen Empfängen der Stadt Berlin stand die Stadterordnetenversammlung keins vor fertigen Tatsachen. Der Empfangsaussschuß dürfte wohl mitwirken, aber nicht entscheiden. Niemand, am allerwenigsten die Sozialdemokratie, hat jemals eine Vermehrung der Empfänge verlangt; um manche kam Berlin als Reichshauptstadt allerdings nicht herum. Wenn in der Debatte besonders der „Fall Amanullah“ erwähnt wurde, so erinnert er, Redner, nur daran, daß die Hauptstadt des „Arbeiterstaates“ Rußland, Moskau, wenige Tage später Amanullah mit sehr viel größerem Pomp empfangen hatte. (Betretenes Schwelgen links. Hör! hör! und Heilerkeit bei den Soz.) Daraus ergibt sich doch wohl, daß Landeshauptstädte gewisse Verpflichtungen haben müssen.

Am ungünstigsten wäre es den Sozialdemokraten, wenn solche Empfänge gänzlich aufhörten.

mindestens sollten sie in Form und Zahl herabgesetzt werden. Genosse Flatau stellte einen Zusatzantrag des Inhalts, daß der Magistrat ersucht werde, die Empfänge nicht im bisherigen Umfang fortzusetzen. Nur wenn der Magistrat unter Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Interessen der Stadt Empfänge für nötig hält, sollten solche stattfinden, aber den Stadtverordnungen so zeitig mitgeteilt werden, daß die Pläne, wann nötig, geändert werden können. Dazu ist die Umgestaltung des bisherigen Empfangsaussschusses in eine Deputation notwendig. Gegenüber dem Ruffreten der Nationalsozialisten gegen hohe Gehälter und die Verschwendung von Stadtgeldern gab Genosse Flatau die Erhöhung der Mindergehälter in Thüringen nach dem Entschluß der Nationalsozialisten in die Regierung bekannt. Dort beträgt jetzt ein Minister 16 000 M. Grundgehalt, 2000 M. Aufwandsentschädigung und dazu die gesetzlichen Zulagen an Familien- und Wohnungsgeldern. (Stürmisches Hör! hör! bei den Soz. — Gehört bei den Nat.-Soz.) In Moskau beträgt der Stadt mit nationalsozialistischer Mehrheit und noch nicht 30 000 Einwohnern, bezieht der Bürgermeister 14 000 M. Gehalt. (Hör! hör! bei den Soz.) Damit dürfte die Demagogie der Nationalsozialisten gebührend gekennzeichnet sein. Lassen Sie diese Leute ihre Anträge nur haufenweise einbringen. Im Schlusswort rechnete dann Genosse Barth noch einmal mit den radikalen Flügelparteien ab.

Gegen die Rauschgiftseuche.

Sechs Kokainhändler und Schmuggler verhaftet.

Schon in den letzten Monaten des vergangenen Jahres war es den Kriminalbeamten des Sonderbezirks zur Bekämpfung der Rauschgiftseuche aufgefallen, daß der verbotene Handel in den westlichen Straßen und besonders am Kurfürstendamm wieder einen starken Aufschwung genommen hatte. Nach langen Beobachtungen griff man zu und verhaftete in einem Café am Wittenbergplatz zwei Männer namens Kötter und Schubert. In der Wohnung des Kötter wurden 540 Ampullen Morphium und Kokain gefunden und er mußte zugeben, daß er von den ursprünglich 800 Stück 60 bereits an Rauschgiftkäufer verkauft hatte. Ferner wurde ein gewisser Bienisch in der Junkerstraße ermittelte und festgenommen und als vierter ein früherer Darmhändler Hermann Puhl aus Justberg. Die Quelle der Gifte ist jetzt auch bekannt. Sie sind von einer Firma Lutz in Komono geliefert worden. Ohne Zweifel hat man das Morphium und Kokain auf Schmugglerwegen über die Grenze jenseits nach Danzig und von dort mit Hilfe der Agenten nach Berlin gebracht, weil hier der größere Absatz lagte. Neben den Großhändlern hatten die Nachforschungen noch zwei Kleinhändler in die Hände der Behörden geliefert. Der eine ist ein Harry Schlesinger, der wegen Rauschgifthandels verurteilt worden war, und ein ehemaliger Hauslehrer Arthur Balfoglio, dessen Nationalität unbekannt ist. Alle in Berlin Verhafteten sind dem Untersuchungsrichter vorgeführt, die in Kötters Wohnung gefundenen Gifte sind beschlagnahmt worden.

Wilde Männer vorm Schöffengericht.

Uebervallen Vorsiehenden, Beisitzer und Justizwachmeister.

Ein unglaublicher Vorfall spielte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln ab, wobei am Schluss einer Verhandlung zwei Verurteilte, Mitglieder der Berliner Unterwelt, die ein langes Vorstrafenregister haben, über den Vorsitzenden herfielen und ihre im Saale anwesenden Freunde aufforderten, sich an den Ausschreitungen zu beteiligen. Die Justizwachmeister mußten mit Gummiknüppeln einschreiten und sogar das Uebervallkommando mußte gerufen werden, ehe es gelang, die Verbrecher zur Ruhe zu bringen.

Angeklagt waren vorbestrafte Leute namens Lettow und Brauer wegen Betrugs und Urkundenfälschung. Lettow, der bereits 12mal wegen Betrugs und Urkundenfälschung verurteilt ist, wurde aus der Haft vorgeführt, während Brauer, der mehrere Vorstrafen hinter sich hat, in stark angegrabenem Zustande zur Verhandlung erschien. Beide hatten Abschlagsgeschäfte in schwerer Weise geschädigt, indem sie Ware unter falschem Namen gekauft und sofort verschleudert hatten. Das Urteil gegen Lettow lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und gegen Brauer auf 6 Monate Gefängnis. Schon bei der Urteilsverkündung fingten die beiden Betrüger an, Skandal zu machen, so daß der Vorsitzende sie wiederholt zur Ordnung rufen mußte. Lettow bot dann, seine im Zuhörerraum anwesende Frau und seine 53jährige Tochter sprechen zu dürfen. Plötzlich sprang Brauer über die Anklagebank, mit einem Satz über den Gerichtssaal und schlug auf den Vorsitzenden ein, daß dieser den Gummiknüppel zucken und Lettow einige Schläge über den Kopf geben mußte. Auf ein Kommando waren inzwischen noch mehrere Justizwachmeister zu Hilfe gekommen. Sie kamen gerade zur rechten Zeit, da die beiden Angeklagten in dem Zuhörerraum anwesenden Freunde aufgeheht hatten, ebenfalls gegen das Gericht vorzugehen. Die Justizbeamten mußten den Saal räumen, wobei es nur möglich war, die tobenden Angehörigen der Unterwelt mit dem Gummiknüppel in Schach zu halten. Inzwischen war es auch gelungen, Lettow zu fesseln und ihn

Alaixio Arcevedo

Ein brasilianisches Mietthau

Erst bei Tagesanbruch, als die Musik aufgehört hatte und die erschöpften Tänzer nach Hause gegangen waren, entfernte sich Jeronymo. Er sah, wie Rita von ihrem Liebhaber, der den Arm um ihre Taille gelegt hatte, ins Haus geführt wurde. Als der Steinbrecher vor seiner eigenen Haustür stehen blieb, war er auf dem Hof allein. Der Mond, den jetzt keine Wolken mehr verdeckten, ging majestätisch seine geheimnisvolle Bahn. Mirandas Fenster wurden leise geschlossen, wie um die ungewohnte Stille nicht zu stören. Der Steinbruch weit hinter der Hausmauer war in Licht getaucht und hob seinen Kopf wie ein gepoingtes Ungeheuer, das dankbar ist, weil man es eine Weile in Ruhe läßt. Mirgends ein Laut, bis auf das Rauschen der Blätter und das Summen nächtlicher Insekten über den kleinen Gärten. Aber all das merkte Jeronymo nicht, er hörte und fühlte noch die Musik, die sein ganzes Wesen berauscht hatte, stellte sich wieder und wieder die hiesige Mulattin mit dem schwarzen, welligen Haar, der weichen braunen Haut, den funkelnden schwarzen Augen und den weiß blühenden Zähnen vor und begriff, daß ein Wurm angefangen hatte in seinem Herzen zu nageln, und daß er ohnmächtig war, ihn herauszureißen. Als er den Kopf hob, sah er den wohlbekannten Himmel, der dem Sonnenaufgang vorangeht, ein Himmel, den er noch nie außer nach sieben Stunden Schlaf gesehen hatte.

Am folgende Tag hörte Jeronymo mittags auf zu arbeiten und kam nach Hause, anstatt mit seinen Kameraden im Steinbruch zu essen. Er rührte wenig von den Speisen an, die ihm Biedade hastig bereitet, und legte sich sofort ins Bett, nachdem er ihr befohlen hatte, Doon Romao zu machen, daß er sich nicht wachfühle und den Rest des Tages zu Hause bleiben würde.

„Was ist denn los, Jeronymo?“
 „Nichts Ernsthaftes. Geh nur und tu' was ich dir gesagt habe.“
 „Fühlst du dich denn sehr elend?“

„Herr Gott! So geh doch und tu' endlich, was ich dir gesagt habe. Nachher kannst du ja dein Rundwerk schnurren lassen, wenn unbedingt sein muß.“

Heilige Jungfrau! Es ging Jeronymo wirklich schlecht, und sie wußte nicht, ob es in der „Benda“ schwarzen Tee gab. Sie eilte voller Sorgen hinaus. Jede auch noch so leichte Unpäßlichkeit ihres Gatten brachte sie aus der Fassung. Er war doch so stark und niemals krank. Ob es gelbes Fieber sein könnte? Jesus, heiliger Sohn Marias, vergeb, daß ich so etwas auch nur denke. „Creddo!“ und sie bekreuzigte sich voller Angst.

Die schreckliche Nachricht verbreitete sich rasch unter den Wochfrauen.

„Er hat sich in der Nachtlust erkältet“, versicherte die Heze, die nach Nummer fünf und dreißig eilte, um dem Patienten Heilmittel zu verschreiben. Aber er wollte keine von ihr haben, sondern bat sie, ihn in Frieden und schlafen zu lassen, weiter brauche er nichts. Selbst diese Wohlthat jedoch wurde ihm verweigert. Nach der Heze kam eine zweite Frau und dann eine dritte und eine vierte, bis das ganze Zimmer von raschenden Köden angefüllt war. Jeronymo war drauf und dran, mit aller Macht gegen diesen Uebervall zu protestieren, als ein wohlbekanntes Parfüm durch das offene Fenster einströmte und ihm verkündete, daß auch Rita gekommen sei.

„Ah!“ und seine Stirn glättete sich.

„Guten Tag, was machen Sie denn für Sachen, Rodybor? Sind Sie nur krank geworden, weil ich zurückgekommen bin? Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich bestimmt fortgeblieben.“

Er lachte zum erstenmal seit dem Abend vorher.

Die Mulattin trat ans Bett. Da sie ihre Arbeit wieder aufgenommen hatte, war ihr Rock hochgeschürzt und ihre bis zu den Schultern nackten Arme waren vom Waschwasser kühl. Ihre einfache weiße Bluse war am Hals noch unten geschlagen und gab die feste, glatte, zimtfarbene Haut frei. Jeronymo drückte ihr die Hand.

„Es war ein Genuß, Sie gestern Abend tanzen zu sehen“, bemerkte er.

„Haben Sie schon was eingenommen?“

„Seine Frau hat von schwarzem Tee gesagt.“

„Schwarzer Tee? — So ein Unsinn! Tee ist ja nur heißes Wasser. Sie sind erkältet, weiter nichts. Ich werde Ihnen eine Tasse heißen Kaffee machen, den Sie mit einem Schluck

„Paraty“ trinken müssen, und dann werden Sie mal sehen, wie Sie schlafen und bald wieder munter sind. Warten Sie ein Augenblickchen.“

Und sie stürzte davon, aber die Luft im Zimmer blieb von ihrer Gegenwart durchdrückt.

Jeronymo brauchte nur diesen Duft einzatmen, um sich wieder wohlfühlen. Und als Biedade schmer und sorgenvoll unter Selbstgesprächen zurückkam, spürte er, daß er angefangen hatte, sie zu hassen; er entdeckte allershand Fehler an ihr, die ihm bisher niemals aufgefallen waren, und ein ronziger Geruch, der ihm noch nie unangenehm erschienen war, fiel ihm unangenehm auf. Die letzte Spur von Lächeln schwand von seinem Gesicht, und er verfant wieder in seine vorherige schlechte Laune.

„Wie fühlst du dich jetzt, Jeronymo? Sprich doch, Mann: wenn du mir nicht antwortest, habe ich solche Angst. Tut dir jetzt etwas weh?“

„Nach' keinen Tee — ich nehme lieber etwas anderes ein.“

„Du willst keinen Tee — Mann Gottes! Das ist doch Medizin.“

„Aber ich sag' dir doch, ich nehme lieber etwas anderes ein. Mein Gott, so ein Frauenzimmer!“

Also bestand Biedade nicht weiter darauf.

„Ich lege etwas Wasser auf, damit du dir die Füße wärmen kannst.“

„Na, wenn's fertig ist, kannst du deine eigenen 'reinstecken.“

Darauf erwiderte sie nichts. Sie hätte ihm gern gesagt, daß er noch nie so gereizt und böse mit ihr gesprochen hatte, aber sie fürchtete, ihn noch mehr zu ärgern. Sie beruhigte sich damit, daß es eine Folge der Krankheit sei, die ihn gepackt hatte.

Jeronymo schloß die Augen, um sie nicht zu sehen und hätte gern auf ihre Gegenwart verzichtet, wenn das anständig gewesen wäre. Die arme Seele setzte sich demütig und ergeben neben sein Bett, seufzte kummervoll und lebte in diesem Augenblick einzig und ausschließlich für ihren Mann, war seine Sklavine ohne eigenen Willen und begleitete jede seiner Bewegungen mit ängstlich liebevollen Blicken wie ein Hund, der die Wünsche seines Herrn zu erraten muß.

„Es geht mir ganz gut, mein Kind. Du kannst ruhig wieder an deine Arbeit gehen.“

(Fortsetzung folgt.)

des Untersuchungsgefängnis zurückzuführen. Auf der Straße tobten sich die Freunde der beiden Angeklagten nochmals zusammen und versuchten, in das Gericht einzudringen. Erst das Ueberfallkommando, das sofort benachrichtigt worden war, vermochte gründlich aufzuräumen und die randalierenden Burschen abzu- drängen.

Bergwerkstafastrophe in Japan

200 Bergarbeiter verschüttet. — Bisher 34 gerettet.

Tokio, 28. Januar.

Wie aus Formosa gemeldet wird, ereignete sich dort ein schweres Grubenunglück, bei dem 200 Bergarbeiter ver- schüttet wurden. Bisher konnten erst 34 gerettet werden. Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß zwei große Förderkörbe, die mit Bergarbeitern besetzt waren, abstürzten.

Englischer Kohlendampfer gescheitert

23 Schiffbrüchige durch Dosenboje gerettet.

Paris, 28. Januar. (Eigenbericht.)

Der englische Kohlendampfer „Aneworth“ im am Dienstag vor Biarritz von einer schweren Katastrophe betroffen worden. Er hatte in der Nacht zum Dienstag, die sehr stürmisch war, die Ein- fahrt in den Hafen von Bayonne verfehlt und trieb als ein Opfer der Wellen nach Süden, wo er schließlich an einer Klippe bei Biarritz scheiterte. Das Schiff, das der Dampfer bei dem Anprall gegen die Klippe erhielt, wurde immer größer, bis das Schiff morgens unter der Wucht der Brandung entzweielt. Die 23 Mann Besatzung, darunter zwei Frauen, konnten sich rechtzeitig auf den Teil des Dampfers retten, der sich über Wasser hielt, wäh- rend die Bugpartie bald in den Wellen verschwand. Nach zwölf- stündiger Arbeit gelang es endlich, zwischen dem völlig auseinander- gebrochenen Wrack und dem Lande mit Hilfe eines Taues und daran laufender Dosenboje eine Verbindung herzustellen. Alle Verletzte- stunde wird ein Schiffbrüchiger auf diese Weise an Land gebracht.

Ein feiner Handwerksmeister.

Verprügelt mit seinen Angestellten einen Wehrlosen.

In einer Strafsache gegen den Bäckermeister Valerius Kurland, mit der sich der Einzelrichter des Amtsgerichts Pichtenberg zu befassen hatte, spielte der einzige Belastungs- zeuge, der 19 Jahre alte Bäckergeselle Franz V., leider nur eine untergeordnete Rolle. Der Angeklagte, eine moßige, ungeschickte Erscheinung, ließ zahlreiche Entlastungszeugen aufmarschieren.

Der Geselle V. war bei K. tätig gewesen und hatte eine tägliche Arbeitszeit von 12 bis 15 Stunden. Er mußte Back- ware ausfahren und das Geld dafür einfastern. Eines Tages war er mit dem Meister, der seine Bäckerei zusammen mit einem Restaurant in der Langestraße zu Wahlsdorf betreibt, in Streitigkeiten geraten, weil er Geld nicht abgeliefert hatte. Der Geselle behauptete, nichts unterschlagen zu haben, und meinte, das Geld sei ihm aus der Tasche seines Jacketts, das in seiner Stube hing, gestohlen worden. Darauf geriet der Bäckermeister Kurland in große Wut, schlug in brutaler Weise mit der Faust und mit einer Bürste auf den jungen Menschen ein. Nicht genug damit, fielen einige Beute, die bei Kurland beschäftigt waren, über den Wehrlosen her und richteten ihn schwerlich zu. Das Gesicht war verformt, aufgedunsen, grün und blau verfärbt und zeigte außer Kratzwunden Wundergüsse. Der Kopf war mit Beuten bedeckt und die Augen verquollen. Außerdem sollte Kurland dem jungen Mann eine Verzichtserklärung, daß er keine Ansprüche wegen Lohn mehr stellen würde, erpreßt haben.

Kurland hatte nicht weniger als 5 Zeugen aufgeboden, von denen einige heute noch in seinen Diensten stehen. Diese Zeugen wollten von den ganzen Vorfällen nichts gesehen haben. Zwei Zeugen erklärten auch, daß der Geselle freiwillig die Ver- zichtserklärung unterschrieben hätte. Ein Aktst, das vorlag, und das sich der Geselle unmittelbar nach der Mißhandlung von einem Arzt hatte ausstellen lassen, sprach von erheblichen Verletzungen. Das Gericht sah sich auf Grund der Zeugenauslagen genötigt, Kurland mangels ausreichender Beweise auf Kosten der Staatskasse freisprechen, denn es stellte sich auf dem Standpunkt, daß die Verletzungen ebensogut von den Beuten, die V. verprügelt hatten, herrühren konnten. Wenn der bedauernswerte junge Mensch, der das Opfer brutaler Menschen wurde, mit bitteren Gefühlen von der Gerichtsstätte scheidet, weil die Rohlinge un- bestraft ausgehen, so wird man das verstehen. Immerhin hat die Verhandlung das Gute gehabt, daß die Einwohner von Wahlsdorf nunmehr wissen, mit wem sie es im Geschäft des Herrn Bäckermeisters Kurland zu tun haben.

Das russische Paradies.

Eine kommunistische Russlanddelegation be- richtete gestern Abend in Allems Festsaal über ihre Erlebnisse in Sowjetrußland. Der große Saal von Allems Festsaal war ver- hältnismäßig schwach besucht von jugendlichen Mitgliedern der Parteiorganisationen, die sich gelangweilt die Berichte anhörten. Die Berichterstatter hatten es sich sehr einfach gemacht: in der Haupt- sache schimpften sie auf die „Sozialfaschisten“, lobten die Fünftage- wochen in Rußland, fanden aber kein Wort über die zahlreichen Er- schließungen in Rußland und über die Rationalisierung der Lebens- mittel in den Großstädten. Ein hartes Polizeiaugehör sorgte dafür, daß sich nach der Kundgebung keine Demonstrationzüge bilden konnten.

Göttin Parvati verschwinden.

Aus dem Saal 30 des Völkerkundemuseums, in dem Gegenstände des hinduistisch-japanischen Kultes aus- gestellt sind, wurde von unbekanntem Dieben die Figur der Göttin Parvati entwendet. Die Figur stand frei auf einem Sockel. Sie ist etwa 47 Zentimeter hoch, 15 Zentimeter breit und wiegt an- nähernd 20 Pfund. Die Göttin ist dargestellt mit unter der Brust zusammengelegten Händen, in denen sie eine lotosartige Blume hält. Die Rückenplatte trägt in roter Farbe den Stempel I. C. 2374. Es handelt sich um ein ziemlich seltenes Stück; in Deutschland sind bisher nur drei Exemplare der Figur bekannt. Ohne Zweifel hat man es nicht mit einem Gelegenheits- diebstahl zu tun, sondern mit bestellter Arbeit.

„Kommendes Europa und Minderheitenpolitik.“

Zu diesem Thema veranstaltet die Deutsche Liga für Völkerverbund am Donnerstag, dem 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats, Wallstraße 15, einen Vor- tragsabend. Das Referat hält Dr. K m m e n d e, Generalsekretär der europäischen Rationalitätenkongresse.

In der Urkunde spricht Prof. Dr. J. Traube, Freitag, 31. Januar, im Vangenberg-Birchhof-Haus, 20 Uhr, über das Thema „Kann man Gold machen?“, Alchemie und modernchemische Be- trachtungen.

Böb will abtreten!

Aber Aufrechterhaltung seiner Rechte auf Ruhegehalt.

Oberbürgermeister Böb hat an Stadtverordneten- vorsteher Haß ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Bereitwilligkeit erklärt, bereits vor Abschluß des gegen ihn schwebenden Disziplinarverfahrens in den Ruhestand zu treten, wenn man seine Rechte auf Ruhegehalt an- erkennt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Die schwierigen sachlichen und persönlichen Verhältnisse, in welche die Stadt Berlin geraten ist, haben in der Öffentlichkeit vielfach das Verlangen nach einer schnellen Lösung der Oberbürgermeisterfrage laut werden lassen. Wenn das auf meinen Antrag gegen mich eingeleitete Disziplinarver- fahren abgeschlossen sein wird, läßt sich nicht übersehen. Selbst- verständlich vermag ich nicht darauf zu verzichten, dieses Ver- fahren so lange durchgeführt zu sehen, bis jeder Schatten von meiner Ehre entfernt ist. Mein Interesse für die Stadt Berlin ist jedoch so groß, als daß ich wünschen könnte, daß sie in der jetzigen Lage noch auf unbestimmte Zeit hinaus die Kraft des Oberbürgermeisters entbehrt. Ich bin mir ferner bewußt, daß auch nach dem von mir erwarteten günstigen Ausgange des Disziplinarverfahrens die Wiederaufnahme meiner Tätigkeit im Hinblick auf die ungeheuerlichen Angriffe, denen ich wehrlos als Abwesender ausgesetzt war, kaum möglich sein wird. Ich stelle deshalb meine persönlichen Belange hinter diejenigen der Stadt und erkläre mich bereit, vor dem Abschluß des Disziplinar- verfahrens und vor dem Ende meiner laufenden Amtsperiode in den Ruhestand zu treten. Natürlich ist die Voraussetzung hierfür die Aufrechterhaltung meiner wohlverordneten Rechte auf Ruhegehalt. Diese Rechte kann ich um so weniger preisgeben, als ich nach 35jähriger Tätigkeit im Staats- und Stadtdienst ohne Vermögen und mit geschwächter Gesundheit aus meinem Amte scheidet.“

Die Biermillionenstadt Berlin braucht in dieser schweren Zeit eine klare Führung! Es liegt daher im dringendsten Interesse der Reichshauptstadt, der Oberbürgermeisterfrage so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten, um die Bahn für die Reuewahl des obersten Verwaltungsobermanns frei zu bekommen. Man muß aus diesem Grunde wünschen, daß es gelingt, zu einer Einigung vor Abschluß des langwierigen Disziplinarverfahrens zu kommen.

Der Nachtragshaushaltplan 1929, der beknüppelt vom Haus- haltsausschuß abgelehnt worden ist, kam in der gestrigen außer- ordentlichen Stadtverordnetenversammlung noch nicht zur Sprache. Stadtverordnetenvorsteher Haß will den Fraktionen bis zum

Donnerstag Zeit zur Stellungnahme lassen. Morgen wird dann im Stadtparlament die große Debatte über die Finanzlage Berlins stattfinden. Für die Sozialdemokratie wird der Vorstehende der Stadtverordnetenfraktion, Genosse Erich Flatau, sprechen. Die Versammlung wird den Etat gleichfalls ablehnen. Zu einer Auflösung der Stadtverordnetenver- sammlung, wird, entgegen anderslautenden Meinungen, die Ablehnung der Magistratsvorlage in keinem Falle führen. Die Möglichkeit einer Auflösung dürfte erst eintreten, wenn sich für die Verabschiedung des Etats 1930 wiederum keine Mehrheit finden sollte.

25-Millionen-Kredit gesichert.

Neuer Lieferungsvertrag zwischen Elektrowerken und Bewag.

Der Aufsichtsrat der Bewag trat gestern noch einmal wegen des 25-Millionen-Darlehens der Elektrowerke an die Stadt Berlin zu einer Sitzung zusammen, nachdem die Direktion durch Verhandlungen mit den reichseigenen Elektrowerken eine wesentliche Verbesserung des Stromlieferungsvertrages erreicht hatte. Dieser Vertrag sieht eine ab 1. Oktober 1935 in Kraft tretende jäh- rige Zuzahlung von 50 000 Kilowatt plus 16 000 Kilo- watt Spitzenstrom (für die Monate November bis Februar) vor. Die Abstimmung ergab die Annahme des Vertrages mit 9:7 Stimmen.

Nur bei Zustimmung zu dem Vertrag bot sich die Möglichkeit, den 25-Millionen-Kredit aufzunehmen, den Berlin dringend braucht, um über den Januartermin hinwegzukommen. Eine Vertrags- ablehnung hätte unweigerlich bedeutet, daß die Kammerverwaltung am Ultimo nicht in der Lage gewesen wäre, die vollen Gehälter und Löhne auszusahlen. Weitere dringende Verpflich- tungen hätten nicht erfüllt werden können. Trotz dieser Sachlage stimmten außer den Vertretern des Magistrats nur die sozial- demokratischen Mitglieder des Aufsichtsrats für den Vertrag. Deutschnationale und Kommunisten sowie der volksparteiliche und nationalsozialistische Vertreter stimmten unter Vorbringung nichtiger Argumente gegen die Annahme. Der demokratische Vertreter ent- hielt sich der Stimme. Durch die veranwortungs- bewußte Haltung der Sozialdemokraten erhält Berlin also, ohne daß die Bewag von der Darlehensgewährung weiter berührt wird, einen kurzfristigen Kredit von 25 Millionen Mark zu 9 1/2 Proz. Die Rückzahlung wird ab Januar 1931 in monatlichen Raten von 4 Millionen Mark erfolgen.

Freie Sozialistische Hochschule

Am kommenden Sonntag, dem 1. Februar, 19 1/2 Uhr, findet im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Berlin, Leipziger Straße 3, ein Vortrag des Genossen Heinrich Scholz-Berlin, statt über das Thema:

Kunst und Brot.

Karten zum Preise von 50 Pfennig (einschl. Garderobe) sind an folgenden Stellen zu haben: Büro des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2; Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Köllnischen Park 2; Verband der graphischen Mitarbeiter, Riesenstraße Ecke Luisenauer; Zigarrengeschäft Hirsch, Engelauer 24/25; AIA-Ordnung, Engelauer 24/25; Verlag des Bildungsverbandes der deut- schen Buchdrucker, Dreifelderstr. 5; Zentralverband der Angestellten, Hebe- mannstraße 12; Verlagsgesellschaft des ADGB, Abteilung Sortiment, Insei- straße 5a; Frauensekretariat der SPD, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen.

Regen bringt ein Haus zum Einsturz.

Fünfstöckiger Neubau fällt wie ein Kartenhaus zusammen.

Rom, 28. Januar.

In Italien haben seit einigen Tagen heftige Niederschläge einge- setzt, die noch andauern. Wie üblich, beginnen sich daher wieder die Re- dungen von Hauseinstürzen zu häufen. In der Provinz Genua stürzte ein fünfstöckiger Neubau aus Eisenbeton wie ein Kartenhaus zusammen, nachdem er von einer Seite vom Regen völlig verwaschen war. Glücklicherweise konnten sich alle Arbeiter gerade noch rechtzeitig retten, da das Haus zunächst einen großen Riß erhielt. In Sampiadarena, ebenfalls in der Provinz Genua, stürzte am späten Abend ein hoher Erdwall in einer Länge von 12 Metern ein und beschädigte die Kasernen der Karabinieri.

Während die Feuerwehr noch mit den Aufräumarbeiten beschäftigt war, stürzte ein weiterer Teil des Erdwalles ein und zer- störte die Kaserne fast völlig.

Funkwinkel.

In einem Vortrag „Ausdrucksmitel der Kunst und künstlerische Persönlichkeit“ spricht Prof. Hans Baluschek über die verschiedenen Techniken der Malerei und der Zeichnung. In ganz klaren Umrissen entwickelt er diese rein technischen Dinge; darüber hinaus sucht er auch zu ermitteln, warum eine bestimmte Persön- lichkeit eine ganz bestimmte Technik bevorzugt. Es ist eine sehr instruktive Unternehmung und ebenso klar, objektiv und die Ver- hältnisse abwägend, ist das schwierige Referat des Genossen Alexander Stein über die Bücher, die das moderne Rußland behandelt. Gerade Rußland, das heute in der Parteien Haß und Günst schwankt, ist vor einer neutralen Hörerschaft außerordentlich schwer zu diskutieren. Stein gelingt es, einen Weg zu finden, auf dem er niemanden verfehlt und auf dem er doch zu entscheidenden Erkenntnissen gelangt — Zum zweiten Male gibt der Intendant Dr. Hans Fiesch einen Rückblick auf Schallplatten, diesmal eine Erinnerung an den Januar. Zwischen den ausgezeichnet ausgenommenen Reportagen über den Haag und Stockholm, über Professe und Sportergebnisse erblüht noch einmal John Bäckers herrlicher Tenor in der Blummarie, eine Erinnerung an die Carmen-Sendung am Neujahrstag. Diese Charakteristik des Schall- plattenrückblicks ist durchaus begriffenswert. — Im Rahmen eines erstklassigen Konzerts, das am Nachmittag der Reußländer Rando- linienklub veranstaltet, spielt der Rundharmonikavirtuose Luciano mit einer sieghaften Technik und vollendetem Ausdruck. Der Kölner Intendant Ernst Hardt inszeniert als Gast Wägners „Wozzeck“. Hardt ist gewissermaßen ein Wasserbeispiel für einen reaktionären Regisseur, der Dehnrungen und langsam abgedühtes Sprechen liebt. Die Stimmen werden sehr gut nuanciert. Auf breiter Grundlage bauen sich die Spannungen und Explosionen des Stücks auf, aber die Grundzüge ist zu breit ausgebreitet. Hardt gibt zwölf Bausse. Mehr innere Spannung, mehr scharfe Konzentration erscheint not- wendig. Das Sprachspiel ausgehellte Detail überwiegt zu sehr. Ein Hörspiel ist keine Bühnenaufführung. F. Sch.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stellenungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

1. Kreis Mitte. Freitag, 31. Januar, um 19 1/2 Uhr findet bei 2. Aufzweck der Arbeiterwohlfahrt im Sitzungssaal des Bezirksamtes Mitte, Koll- straße 68, statt. Da jeder Abend in sich abgeschlossen ist, können sich noch neue Teilnehmer melden. Eintritt frei.

14. Kreis Reuthen. Jugendbeirat Berlin des Arbeiterwohlfahrtsvereins für die Jugendbewegung am Freitag, 31. Januar, um 18 Uhr im Jugendheim Berlin, 20.

15. Kreis Weidenau. Freitag, 31. Januar, um 18 Uhr im Rathaus, Weidenauerstr. 6, Zimmer 1. Vortrag des Genossen Dr. Kroll über „Strategie der Arbeiterbewegung“. Beginn, Donnerstag, 30. Januar, im gleichen Raum, Kurze: „Sozialistische Wirtschaftspolitik“. Referent: Dr. Fritz Kow.

Heute, Mittwoch, 29. Januar.

22. Abt. Zusammenkunft junger Parteimitglieder um 19 1/2 Uhr im Vellen- saal der Hochschulausschule, Amrumer Ecke Gestirne. Vortrag: „Die junge Generation in der sozialistischen Bewegung“. Referent: Hans Gieseler.

23. Abt. 30 Uhr Nachabend der Arbeiterwohlfahrt, Köpenickerstr. 2, Jährlingsabend in der Rühlischen Ecke Kollstr. 68.

41. Abt. 19 Uhr im Kriemhildsaal, Kriemhildstr. 14, außerordentliche Funk- tionärerversammlung.

42. Abt. Bildungsausschuß junger Parteimitglieder: Die für heute abend ange- setzte Arbeiterversammlung fällt wegen des auf heute vertagten Generals- versammlung aus. Der nächste Abend findet Mittwoch, 3. Februar, statt. Die Genossen betreten sich an der Generalsversammlung.

Reuthen, 31. Abt. 22. Bezirk: 19 1/2 Uhr Generalschloß bei Ucker, Hermann- straße 11. Vortrag: „Organisationsfragen“. Referent: Walter Jung. — 27. Abt. 20 Uhr, 22. Bezirk: 19 1/2 Uhr Generalschloß bei Ucker, Hermann- straße 11. Vortrag: „Organisationsfragen“. Referent: Walter Jung. — 28. Abt. 19 1/2 Uhr bei Reich. Arbeiterklub, 155, Funkhausstr.

Morgen, Donnerstag, 30. Januar.

37. Abt. 19 1/2 Uhr Funktionärerversammlung mit allen Stadtgruppen bei Rez. Platzstr. 19.

45. und 46. Abt. Alle Arbeiterwohlfahrtsvereine werden ersucht, 19 1/2 Uhr im Lokal von Prenzlauer, Reichensberger Str. 194, teilzunehmen.

42. Abt. 20 Uhr, 22. Bezirk: 19 1/2 Uhr Zusammenkunft der Arbeiterwohlfahrt im Jugend- heim Kollstr. 68. Alle interessierten Parteimitglieder und Genossen des Bezirks und SW 68, bitten wir um pünktliches Erscheinen.

96. Abt. Reuthen, 143. Bezirk: 19 1/2 Uhr im Lokal Road, Juliusstr. 25, bei Kriemhildsaal, Kriemhildstr. 14.

104. Abt. Arbeiterwohlfahrt, 20 Uhr bei Tomala, Berliner Str. 28, Vor- handlung. Teilnehmerberechtigt sind die acht Mitglieder des Vorstandes, die Bezirksführer, der Obmann der Arbeiter.

127. Abt. Kollstr. 68, 20 Uhr, 22. Bezirk: 19 1/2 Uhr im Lokal Road, Juliusstr. 25, bei Kriemhildsaal, Kriemhildstr. 14.

Freitag, 31. Januar.

125. Abt. Weidenau, 20 Uhr bei Gollas, Lederstr. 122, Funktionärerversammlung.

136. Abt. Reuthen-Ort. Kreismitgliederversammlung am Freitag, 31. Jan- uar, um 20 Uhr im Schützenhaus Reuthen-Ort, Reuthenstr. 1 (nicht im Reuthen-Ort).

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin.

Die Sozialgemeinschaft kommt heute, 29. Januar, 20 Uhr, zur Sitzung am Reichensberger 3-4, zusammen. Alle Mitglieder um 2. Februar müssen er- scheinen.

Gruppe Prenzlauer Berg: Freitag, 31. Januar, im Bezirksamt Prenzlauer Berg, Danziger Str. 62, Vortrag der Genossen Martha Burtz, Dr. B. R. 1. „Die politische Lage“. Alle jungen Parteimitglieder des Kreises und die Arbeiter der SW 68, sind herzlich eingeladen.

Gruppe Reuthen: Freitag, 31. Januar, Jugendheim Tempelhofer Str. 95-96, 19 Uhr: Gruppenarbeitswohlfahrtsabend; 20 Uhr: Gruppenabend.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

2. Kreis Weidenau. Sitzung aller Mitglieder und Helfer der Ar- beiterwohlfahrt am Freitag, 31. Januar, 19 1/2 Uhr, im Schützenheim Köpenickerstr. 1, 5. Stock, Sitzungssaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Bezirksausschusses. 2. Auffassung von Richtlinien. 3. Anträge zur Generalsversammlung. 4. Bericht des Bezirkes. Um pünkt- liches Erscheinen wird gebeten.

3. Kreis Weidenau. Sitzung aller Mitglieder und Helfer der Ar- beiterwohlfahrt am Freitag, 31. Januar, 19 1/2 Uhr, im Schützenheim Köpenickerstr. 1, 5. Stock, Sitzungssaal. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Bezirksausschusses. 2. Auffassung von Richtlinien. 3. Anträge zur Generalsversammlung. 4. Bericht des Bezirkes. Um pünkt- liches Erscheinen wird gebeten.

Theodor Riegler: Er genießt die Aussicht

(Schluß.)

Als der Ober Franz Joseph Stulpe gewissenhaft und automatisch die Stühle auf die Tische gestellt und abgerechnet hatte, trat er, ein belangloser, soeben gekündigter Ober, einsam und stehen gelassen, auf die noch dunkle Straße. Ein Taxichauffeur verkroch sich steif vor Kälte, in einen unförmigen Pelzmantel und machte in der Richtung zum Ober, als er ihn gewahr wurde, eine konventionelle Bemerkung über den ungemütlichen Morgen. Aber Stulpe hatte keine Augen für das, was um ihn her vorging, er sah noch immer das verstärkte Gesicht der Sängerin, ihre hysterische und arrogante Leidenschaft, die sich freischend an ein verlogenes, koloriertes Leben klammerte, und er dachte, daß ihr wie ihm vom Leben gekündigt worden war, und daß sie morgen eine ganz gewöhnliche Frau sein würde, verweint und ohne Distanz, überflüssig wie er selbst. Der Ober Franz Joseph Stulpe fand in irgend einer Tasche eine stark gedrückte Zigarette, aber er rauchte sie nicht, sondern schleuderte sie mit einer Bewegung des Widerwillens in den Schnee, denn plötzlich spürte er wie noch nie den bitteren, ungewaschenen Geschmack seines verbrauchten Gaumens, und er spürte, wie herrlich das kalte Blasen des Frühwindes seine übernächtigen Schläfen aufstrich. Dieser Ober, in Dunst und Nikotinluz als geworden, in geschlossenen Räumen zwischen Orchestertraum und Toilette, stieg, eingehüllt in einen dünnen Mantel, frierend von den unfauberen Ereignissen, die seine Vorstellung noch immer festhielten, auf den Schloßberg, eine kleine Erhebung mitten in der Stadt, die in einem Plateau endigte, von dem man die ganze apathische Verträumtheit des Provinznestes überblicken konnte. Zweimal in der Woche stieg Franz Joseph Stulpe, ein etwas romantischer Ober, auf diese Erhebung, die man den „Berg der Pensionisten“ nannte, Jahr für Jahr, um sich an die Bräufung zu kehnen und auf den Sonnenaufgang zu warten. So stieg er auch jetzt mit andächtigen Schritten, wie ein Apostel, der einem Wunder nachgeht, über die Stufen empor, die in den Schloßberg eingebaut waren. Dieser Berg, einige Minuten von dem Lokal entfernt, in dem noch vor kurzem einer asthmatischen Sängerin durch den geschickten Wurf eines Weinglases das weltende Gesicht zerschneiden worden war, atmete um die frühe Stunde eine Feierlichkeit, der sich selbst der abgebrühteste Nachtsummler schwer hätte entziehen können.

So stieg der Ober Franz Joseph Stulpe empor, mit leise wehenden Frackschößen, und rosete und holte Atem und sah, wie die glühende Ampel der Sonne aus heftiger Ferne in den Tag wuchs. Als er oben angekommen war, ging er dicht an den Steinwall, der das steil abfallende Plateau schützend abschloß, und legte mit einer langsamen, beläufigen Bewegung die Hände hinter seinem Rücken zusammen. Hier hatte er oft gestanden, bevor er nach Hause ging, zu seiner mageren Frau und den Vögelern mit Sped, um sich dann niederzuliegen, wenn andere zu arbeiten begannen, hier wollte er gern, denn hier hatte er das Gefühl, nicht mehr der Ober Franz Joseph Stulpe zu sein, der den fremden Menschen Nacht für Nacht in den Mantel helfen mußte, denn niemand hätte sich hier erlauben dürfen, zu rufen: „Ober, geh!“ wenn Franz Joseph Stulpe in die aufgehende Sonne sah. Er kamte hier jeden Stein und lehnte sich gerade, irgendwie entlastet, an die kalte, erfrischende Mauer, als ihn ein sonderbarer Rärm aufhorchen ließ: eine größere Gesellschaft, die aus drei Herren und einer Dame bestand, war offenbar auf den Verlegenheitseinsfall gekommen, den letzten Rest einer

schalen, durchzechten Nacht auf diesem Plateau zu verbringen. Der eine von den drei Herren schwang mit geisthaften Bewegungen zwei große Weingläser, als wären es Keulen, und versuchte, den versteinerten Weg hinaufzuturnen, während sich die junge Dame, die von zwei anderen Herren gehoben wurde, an den Schößen seines Pelzmantels festhielt. So bewegte sich die eigenartige Gesellschaft unter leuchtendem Gelächter und schneeweißen Zwischenrufen in die Richtung des Obers Franz Joseph Stulpe, als der Herr an der Spitze plötzlich das Gleichgewicht verlor und trotz der komischen Bewegungen eines unsterblichen Söldners auf den Boden stürzte. Während die eine der beiden Weingläser ganz blieb, zerbrach die andere knallend an einer Stufenkante. Der rote Wein färbte den Schnee wie Blut. In diesem Augenblick drehte sich der Ober unwillig um. Einer von den Herren erkannte ihn und schrie: „Ober, noch eine Flasche!“

Der Ober Franz Joseph Stulpe hörte nicht. Er hatte die Frau bemerkt, die das Weinglas geworfen hatte, und sah, wie ein Feldherr, ohne sich zu bewegen, in die Landschaft, die zu strahlen begann. Der Herr, der geschrien hatte: „Ober, noch eine Flasche!“ jögerte zunächst, durch die unerwartete Haltung des Obers aus der Fassung gebracht, und war gerade im Begriffe, seinen Befehl zu wiederholen, als die junge Dame mit dem Monokel mit einem lauchenden Ausdruck ihren Mantel in den Schnee warf. Ohne sich um die warnenden Zurufe ihrer plötzlich nähierten gewordenen Begleiter zu kümmern, kletterte sie auf die vereiste, mit einer läuchenden Schneedecke belegte Steinbrüstung, wo sie, den Refrain eines Schlafers singend, geschickt und graziös zu tänzeln begann.

Der Ober Franz Joseph Stulpe, der die Gefahr erkannte, stand, die Hände über dem Rücken gefaltet, unbeweglich da und sah in die Landschaft. Er hörte, fast im Traum, wie ein Weinglas auf dem Eis zerplatzte, er sah die Gestalt der tänzelnden Frau in klar umrissenen Formen, aber die Gestalt war klein und sie tänzelte plötzlich ganz weit draußen, eine dunkle Marionette, die sich vom immer heller werdenden Horizont gepenstert abhob. Der Ober sah sie wie in weiter, unerreichbarer Ferne und wußte, daß diese Frau, die mit dem Leben spielte, nur noch durch drei oder vier Schritte von einer schmalen Spalte getrennt war, die leicht übersehen werden konnte, weil sie fast bis zum obersten Niveau der Steinbrüstung von schneigem Schutt ausgefüllt war. Es darf daran nicht gezweifelt werden: Der unbescholtene Ober Franz Joseph Stulpe hatte die Absicht, die Frau durch einen lauten Zuruf zu retten, und seine Lippen bewegten sich, als ob er sagen wollte: „Holen Sie doch die Frau herunter“, aber es hörte ihn niemand, und es war, als habe er plötzlich die Herrschaft über seine Stimme verloren, die durch zwanzig Jahre, Nacht für Nacht, gesagt hatte: „Nehmen Sie vielleicht hier Platz“, „Hier sehen Sie sehr gut“, „Nein, es hat eben erst angefangen“, „Die Zigaretten kommen gleich“, „Geradeaus, zweite Tür links“. Und der Ober stand da, ohne Haß und ohne verbindliches Nachhaken, unfähig, ein Wort zu sagen, und hielt die Hände hinter dem Rücken gefaltet und ärmte die strahlende Sonne, er, der unbescholtene Ober Franz Joseph Stulpe. Er vergaß die Wirklichkeit seines monotonen Lebens, er war plötzlich irgendein namenloser, unbekannter Stillist, der die Aussicht genießen durfte, er holte keine Hut und keine Sorgen, dicht an der Mauer stand er, der Ober Franz Joseph Stulpe, und sah in die Sonne, ein komischer Apostel im Frack, und hörte nur von fern den Schrei, den eine Frau ausstieß, die über dem Felsen lautlos in der Tiefe verschwand.

Walther Appell: Aus Sachsen

Im Restaurant.

(Monslog einer sächsischen Mutter.)

Kommt, Kinder, hier ist noch a ganzer Dösch frei! Da brauchst gar nich so dumm zu gucken, sie zwee'e, mir sejen uns drwegen mit her. Mir hamn hier genau soviel Anschluß wie sie. Noch fiel mehr, weil mir hier seche sinn. Das kenne ih' so bassen, daß enne deitsche Familie wieder abriden mihte um keen Kaffee kriegle — wegen so enn unschuldigen Bleswobar. Das gloowich, da hamme nu gedacht, se kenne hier midnander offn Kannebes rum-schmusen, — das tenn mir schon! Aww unfer Geld ist ooch kee Biech. Komm, Baul, seh dich niemer zu denn Mann, brauchst keene Angst zu hamn, der derf dir nich duhn. Nu nee, Fader, so machn mir das nicht! Du seht dich nich nähm das Freilein! Dazu gehn mir nich Sonndags schbazlern, daßde hier rumbuffiern kanna mit so emm grien' Dinge. Se hat dr wohl mitm Dogen zu gebißchert, daßde dich bei se sejen sollst? So sieht die schonn aus, mit ih'n Buumitobb. Also mach, schbeh off, laßn Alfred danein. Und nemm emal da Horchöhl ausn Kinderioagen, den legen mir in de Ecke offs Kannebes — ja Freilein, da rickens ähm gefälligst a bissel zu. Aww bassen se off, der hat forhin seine Flasche gedrunken. Ach — dr Kellner. Nu lassen se een nr meeglichst erscht sejen. Sinne nich so offdringlich. Mir wern schonn noch beschdelen. Was war? Hast du nich grade was gesagt, Fader? Awe, mit Elemer, da werd nicht, sonwegen a kleenes Helles. Mir drinken Koffee. Also horchense mal, Ohwer! Uns bring se enne halwe Porzion Kaffee. Rieh so deier, sieleldt frn Fußzger. Aww teen' Bohnkaffee! Mir sinn nämlich frweent in der Besichtigung. Also nomr, um sech Dassen drzu, um enn dich'gen Dobb heeches Wasser. Aww bissel sig! Awe, drzu brauchn mir nichsicht. Rieh hamn drheeme Kwart-suchen gebaden. Gibb mal a Ballet her, Frieda, um daß des hebe schonn weecht, sonwegen schbäder mel ooch so min Kerin hauchen rundreim wie die, das bilde dr nicht ein! Nach nr, mir hamn Hunger! So, mei Horchöhl, das ist deine. Ja, Freilein, da erschredens. Aww wenns Ängst hamn, daßde sie sollschmiern kenne, da sehn se doch ihrer Wäge! Uns sehl, sowiso noch a Blag fr unsre Hexa. Was istn, Alfred? Ach ja. Ja, den Zucker kanna dir ruhig nemm, den brauchn die zwee Beröhn' nich alln. Und Rieh hamms ooch noch drinne. Hier, Ruedl, kanna sie glet aus denn Dinge drinken, da machn mir nicht erscht sel Umschbände. Willste ooch a Schbidt Kuchen, Fader? Was, der sebrägt sich nich mitn Bier? Mit was denn fr Bier? Nimm nr ruhig a Schbidel, aww nich so a großes. Gucke nr, wies n Horchöhl schmect, — wisch dr nich de Finger an Anzug, Alfred, Frieda, daß a bissel offn off, der sollte ans Döschdich wischen, oder ans Kannebes! Wisch se nur rick'g ab, ach ja, das ist denn Mann seine Hofe. Nu, das ist ooch

nich gefährlich, meegen se doch nicht eener deitschen Familie dr Blag wegnem, die sinn doch hier nich drheeme. (Das junge Paar zahlt und geht.) Ja, machense sich fort! Aww bildense sich nich edwa ein, dasse uns da drmit ärgers kenne! Sie maen mir nämlich glet unsmibahlich, wo mir reinkom'. Guck mal, obje noch Kaffee in dr Kanne hamn, Fader, — dreht eich nich nochmal um, ihr . . .! So, nu machs eich scheen betwähm, seht eich a bissel bree, s konna noch beide. Nu, hier derf niemand mehr her, das ist unfer Dösch! Ach, dr Kellner. Komme, schdeln se her. So, um nu bringe uns glet noch zwee Kann' heeches Wasser!

Theorie und Praxis.

Babbo, unfer Löhner hat gesagt, das dächt gar nich Been heißen, sondern B . . . sein, um das dächt B . . . baum heechen anschbadd Boom, ach um noch olef, ich weech bloß nich mehr alles. Ke haar was, da habb ich iemrhaubt nich rausgebracht, da hat der eegal wieder gesagt, das l, das ich sagen dächt, das war falsch. Das mihte . . . no ja, ich weech ooch nich, das mihte ähm i heechen. Aww anderj. Bei denn klang das a bissel anderj. Friebling um iemr'lich, um Diers, das sinn solche Worde. Da hat der gesagt, bei mir mihte nr nich, ob ich ämne Schduhmriere meen oder de wilden Diers in dr Wiese.

Die meegens nr halwegs machen! Aww was ist's? Well se nich genug zu duhn hamn, da disteln se mer weech was fr Bledstun aus. Anschbadd daß'n Kindern erleichtern, da machn sie'u so schwer. Solche künstliche Schbtrachen, die mihten direkt scholen sinn.

Der hat awr doch gesagt, die andern dächten so reden. Was du se andre? Nu, in Breißchen die, um in Diering', um in Blesow, um Hannover.

Das geht doch uns nicht an! Da tenn doch mir nich drfor! Aww reden duhn die wärslich so?

Ich gloowe. Warum reden die'n so? Das weech doch ich nich. Wahrscheinlich, weilse enn Klapps hamn.

Da sinn die wohl nich ganz richt'g? Scheinbar. So, Aww . . . awr Menschen sinns drwegen ooch?

Nu ja, ähm abgesehn dasen. Unser Löhner ist ganz begreiffert san denn, ähm wegen ihrer Schbtrache. Der hat gesagt, mir solln uns nr immer scheen Rieche göhm, um nr solldens unfern Leudern sagen, se machden drheeme recht scheen off uns offbassen, daß mir immer so reden. Da dächten mihtich in dr Schule fiel ähr lern'.

Was? Das hat der gesagt? Da will der uns Forchstriffen

machen? Also, mei Kind, daßde des glet weecht: da werd noblerlich nicht draus! Um wenn wieder mal jowas sagt, da kanna ih' mir enn scheen Gruß sagen, um ich hadde gesagt, in meiner Wohnung habdr nich zu kriegen! Um das sollr sich ee fr allemal merken: in seiner Schule da kanna meindwegen machn: waar will. Aww in mein fier Föhln da bin ich frn heilsichen Anschband frand-wördlich. Um der beschdeht bei mir drinne, daß deit'sch ge-redt werd!

Die „innere Uhr“

Der Zeitsinn bei vielen Menschen und bei einer großen Anzahl von Tieren ist ein großes Rätsel. Es gibt Menschen, die auch ohne Uhr fast auf die Minute genau wissen, wie spät es ist. Das will nicht sehr viel sagen, wenn die Menschen wach sind; denn die Tagesstunde drückt sich auch in der Helligkeit und in der Atmosphäre der Zeit aus. Viel rätselhafter ist es schon, wenn Menschen in sich gewissermaßen eine „innere Weckuhr“ tragen; denn es gibt sehr viele Personen, die zu einer bestimmten Stunde aufwachen können, wenn sie es sich am Abend vornehmen, während andere ohne Weckuhr bestimmt die Zeit verschlafen, wenn sie zur bestimmten Stunde aufstehen müssen und nicht geweckt werden. Wieso ist es nun möglich, daß ein Mensch am Abend vorher erklärt, er wolle Punkt 6 Uhr erwachen und sein Körper diesem inneren Befehl tatsächlich Folge leistet? Man hat den Versuch gemacht, dieses Phänomen mit Hypnose zu erklären, ohne dadurch in der Lösung des Rätsels tatsächlich weiterzukommen. Noch seltsamer erscheint der Zeitsinn bei gewissen Tieren, zum Beispiel bei Bienen. Neue Forschungen, die A. Belling mit dreifleren und numerierten Bienen anstellte, zeitigten ganz erstaunliche Ergebnisse, über die er vor einiger Zeit in der „Zeitschrift für Vergleich. Zool.“ berichtet. Schon früher wurden von anderen Bienenforschern Untersuchungen über den Ortsinn der Bienen angestellt. Eine Anzahl von Bienen stellen sich an jedem Nachmittag auf der Veranda eines Gartenhauses ein, wenn der Besitzer seinen Nachmittagskaffee trank und dabei Honig und eingemachte Früchte genoß. Da er sehr pünktlich um vier Uhr versperrte, so kamen die Bienen ganz pünktlich um vier Uhr an und immer zur selben Stelle. Als er eines Tages den Ort seines Nachmittagskaffees verlegte, um festzustellen, ob die Bienen auch ohne die Anwesenheit des Honigs die frühere Stätte finden würden, umflogen die Bienen um vier Uhr unausgeseht die Stelle, wo vorher immer der Kaffee gestanden hatte, ein Zeichen dafür, daß sie einen ausgezeichneten Ortsinn besitzen. Nun ist fernerhin bekannt, daß sich viele Bienen nur zu bestimmten Tageszeiten öffnen, und daß die Bienen zu denselben Zeiten die Blüte besuchen. Ganz besonders bemerkenswert ist fernerhin die Tatsache, daß die Bienen die Suchweizenfelder hauptsächlich in der Zeit von 9 bis 11 Uhr am Vormittag besuchen. Man konnte daraufhin feststellen, daß der Suchweizen gerade um diese Zeit den Restar ausschleibt. Belling machte nun mehrere Experimente, um hinter das Geheimnis des Zeitsinns der Bienen zu kommen. Mehrere Bienenstöcke brachte er in einem Zimmer unter, das ständig die gleiche Beleuchtung aufwies. Dadurch wurden die Ursachen für den Zeitsinn der Bienen, die in der wechselnden Beleuchtung liegen konnten, ausgeschlossen. Nun erhielten die numerierten Bienen ihre Nahrung zu bestimmten Tageszeiten. Schon nach kurzer Zeit hatten sie sich die Stunden genau gemerkt und erschienen auch dann an der Futterstelle um die gleiche Stunde, wenn kein Futter hingestellt worden war. Es scheint daraus hervorzugehen, daß äußere Bedingungen auf die Unternehmungen der Tiere keinen Einfluß haben, sondern daß ein Zeitsinn vorhanden sein muß, zumal nicht nur jede beliebige Tageszeit für die Fütterung gewählt werden konnte, sondern auch mehrere auseinanderliegende Stunden an einem Tage, an denen den Bienen die Fütterung hingestellt worden war, von den Tieren ziemlich pünktlich innegehalten wurden. Mit diesen Forschungen ist man dem Wesen des Zeitsinns noch nicht nahegekommen, aber sie ergeben ein ziemlich klares Bild von dem Vorhandensein dieses Sinnes bei den Bienen. Dadurch findet auch eine ähnliche Erscheinung, die bei vielen Menschen festgestellt werden kann, eine bemerkenswerte Beleuchtung, und es erscheint nur seltsam, daß nicht alle Menschen trotz ihrer höheren Intelligenz diese innere Uhr besitzen, die man wohl bei den meisten Tieren mehr oder weniger annehmen muß.

Das kugelförmige Krankenhaus. Ein sonderbares Krankenhaus ist in der amerikanischen Stadt Cleveland errichtet worden. Es besteht aus einer vollkommen runden, mit Aluminium überzogenen Stahlkugel, in der fünf Stöckwerke untergebracht sind, und dient dazu, Zuckerfranke, Blutarmer und Patienten mit anderen Krankheiten einer besonderen Behandlung mit komprimierter Luft zu unterziehen. Das Verfahren wird, in Ergänzung der sonstigen medizinischen Methoden, von Dr. D. A. Cunningham in diesem nach ihm benannten Sanatorium ausgeübt, in dem die Kranken bis zu fünf Tagen mit komprimierter Luft behandelt werden. Man betritt die Stahlkugel durch eine Art Tante, der sie mit dem Verwaltungsgesäude verbunden. Das kugelförmige Sanatorium hat einen Durchmesser von 22 Metern und ist mit allen erforderlichen Bequemlichkeiten ausgestattet. Im Erdgeschloß befindet sich der Speisesaal, die drei nächsten Stöckwerke enthalten die Krankenzimmer und Behandlungsräume, und darüber ist ein Erholungsraum untergebracht. Die Fenster bilden keine runde Luken, ähnlich wie Kugelfenster. Die hier besonders schwierige Kühlung der Speisen, Heilmittel usw. erfolgt durch fahrbare elektrische Kühlapparate.

Die sich der Großstadtlärm zusammenschließt. Die Pariser Stadtverwaltung hat in einem verhältnismäßig stillen Winkel von Paris ein Mikrophon aufgestellt und Grammophonplatten von dem ausgehenden Lärm herstellen lassen. Es ergibt sich daraus, daß Mikrophonen und Sirenen ein Viertel des Großstadtlärms ausmachen. Motorengeräusch abschleibt 36 Prozent, Trambahnen und Lastwagen verursachen 11 Prozent des Lärmes, das Geräusch beim Abladen von Warenkisten 9 Prozent, das Knirschen der Bremsen 2 Prozent, der Auspuff von Motorrädern 5 Prozent, Pfaffen der Polizeisten 1 Prozent, der Rest entfällt auf diverse Geräusche wie Hammer-schläge, Kindergeschrei usw.

Rebelskäfte. London, das wegen seines Rebels berüchtigt ist, schlägt in dieser Hinsicht doch nicht den Rekord. Auch New York hat schwer unter Rebel zu leiden. Auch in den Südstaaten Amerikas, an der Mündung des Mississippi in den Golf von Mexiko, sind Rebel häufig. Ebenso ist der Rio Plate in Argentinien bekannt wegen der Rebelmengen, die sich an seinen Ufern sammeln.

Der älteste noch bestehende Kalender ist der jüdische, der seit 3761 v. Chr. besteht, also 5690 Jahre alt ist. Die kürzeste Lebensdauer aller Zeiträumungen hatte der Kalender der französischen Revolution, der 1793 eingeführt und 1805 durch Napoleon wieder abgeschafft wurde. Er bestand also nur zwölf Jahre.

Das kleinste Restaurant der Welt befindet sich in Paris; es hat nur für fünf Personen Platz.

Entscheidung über das Monopol.

Zündholzgesetz verabschiedet. — Der Reichstag verlagert.

Am Reichstag, der am Dienstag des Zündholzmonopols in dritter Lesung verabschiedet, sprach nach dem deutsch-nationalen Abg. Dr. Schrad. Das Gesetz ist nicht für, sondern gegen die Konsumvereine gemacht, und wir stimmen nur deshalb für das Gesetz, weil uns die Interessen des deutschen Volkes höher stehen als die der Konsumvereine. Die Konsumvereine haben weder das Gesetz von 1927, noch das Monopol gemollt. Handelt es sich denn überhaupt um eine Bevorrugung der Konsumvereine. Ihre Abhängigkeit in den letzten Jahren betrug durchschnittlich zwanzig Prozent. In diesem Gesetz beteiligt man sie aber nur mit höchstens zehn Prozent. Ein Vorteil für die Konsumvereine wäre es gewesen, wenn man sie in das Monopol aufgenommen hätte, wie wir es beantragt haben. Aber auf diesen Antrag haben wir leider verzichten müssen. Die Wirtschaftspartei, die doch das Großkapital bekämpft, stellt sich hier gegen Fabriken, die sich im Besitz von Millionen von Arbeitern befinden. Gar kein Recht, das Monopol zu bekämpfen, hat aber der Deutsch-Dänemarer, der selbst Schornsteinfegermeister ist, also einem Beruf angehört, der ein staatlich privilegiertes Monopol besitzt. (Hört, hört! im Zentrum.) Ebenfalls dürfen die Bauernparteien über Bevorrugung der Konsumvereine klagen, denn den landwirtschaftlichen Genossenschaften hat man erst kürzlich sechzig Millionen gestiftet. Gegenüber dieser Opposition müssen wir entscheiden die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung betonen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schöler-Kersburg (Komm.) bekämpft das Gesetz, weil es eine weitere unerhörte Belastung der breiten werktätigen Massen bedeute. Man erörtere auch bereits neue Monopolpläne. Bei dieser „Bürgerpolitik“ laufe die Sozialdemokratie der Bourgeoisie Hilfestellung.

Damit schließt die Aussprache. Die kommunistischen Änderungsanträge werden abgelehnt. Es bleibt bei den Beschlüssen der zweiten Lesung.

In dieser Fassung wird das Gesetz in wesentlicher Schlussabstimmung mit 240 Stimmen der Regierungsparteien gegen 145 Stimmen bei sieben Enthaltungen angenommen. Der Stimme enthalten haben sich u. a. die demokratischen Abgeordneten Büll, Lemmer, Schneider-Berlin, Langen, Ziegler und Frau Dr. Bäumer.

Das Beamtenvertretungsgesetz

wird dem Beamtenausschuss überwiesen. Die Anträge der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Wirtschaftspartei, die Berliner Stadtbahncharaktererhöhung nicht zu genehmigen, gehen an den Verkehrs-ausschuss, der Antrag der Deutschen Volkspartei über die Maßnahmen zur Erhöhung der Roggenpreise an den Handelspolitischen Ausschuss.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Über die Tagesordnung der nächsten Sitzung erörtern sich eine längere Debatte.

Abg. Lude (Dp.) wünscht die Beratung der Regierungsvorlage zur Verlängerung der Winterurlaubsgesetze und des von ihm beantragten Übergangsgesetzes zur Mietregelung.

Abg. Eppel (Soz.) widerspricht diesem Verlangen. Die Sozialdemokraten können die erste Lesung der Mietgesetze nicht ohne Debatte vorbegehen lassen. Die bevorstehende Beratung des Young-Planes dürfte jedoch nicht durch Beratung der Mietgesetze behindert werden.

Abg. Dr. Japs (D. Sp.) schließt sich diesen Bedenken an und empfiehlt Verschiebung der Angelegenheit im Westerntag.

Abg. Schulz-Brandenburg (Dn.) beantragt, die nächste Sitzung erst am 7. Februar abzuhalten, da die Beratung des Young-Planes im Reichstag doch noch längere Zeit dauern könne.

Präsident Lobe erwidert, man könne erwarten, daß der Reichstag die Beratung des Young-Planes am Sonnabend beende. Dann könne die Debatte am Montag vertagt und bis zum Mittwoch nachmittags von den Fraktionen begünstigt werden. Es sei mindestens mit der Beratung des Young-Planes so zeitig wie möglich, also Mittwoch nachmittags, zu beginnen.

Unter Ablehnung aller Anträge verlagert sich das Haus auf Donnerstag des Präsidenten bis zum Mittwoch, dem 5. Februar nachmittags 3 Uhr: Erste Lesung des Young-Planes in Verbindung mit dem deutsch-amerikanischen Schuldenabkommen und den Liquidationsabkommen.

Schluß gegen 3 Uhr.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat hielt am Dienstagnachmittag eine Boll-sitzung ab, in der der Gesetzentwurf über das Zündholzmonopol endgültig genehmigt wurde. Ein Antrag Thüringens, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben wegen der Sonderstellung der Konsumvereine und des Eingreifens in die freie Wirtschaft, fand nicht genügend Unterstützung.

Der Reichsrat befahte sich dann mit dem Gesetzentwurf über die Beteiligung des Reiches an der preussischen Zentral-genossenschaftskasse. Es handelt sich um das Abkommen zwischen dem Reich und Preußen, das vor wenigen Tagen schon im Preussischen Landtag angenommen worden ist. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, eine Stammeinlage in Höhe von 50 Millionen zu übernehmen. Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf zu. Am Donnerstag findet keine Reichsrats-sitzung statt. Am Freitag werden sich die Reichsratsausschüsse mit dem Young-Plan beschäftigen. Am Sonnabend wird der Reichstag in einer Sitzung darüber beschließen.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin S.W.6, Lindenstraße 3

Wohlfahrtstag: 3. Abend morgen, Donnerstag, 19½ Uhr, in der Schule Kodystraße 15. Einlaß aus der Besichtigung der bürgerlichen Frauenbewegung. Referent: Genosse Adolf Schneider-Altner, R. & S. Jede Gruppe muß mit einem Referent teilnehmen. Interessierte Besucher sind eingeladen.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr.

Wohlfahrtstag: Schule Köpenickerstraße 19: Tagespolitik. — Reich III: Heimlicher Str. 18-19: Grundfragen des Sozialismus. — Geschichtswissenschaft: II. Teil: Christenheit, III. Teil: Christenheit. — Schilling: Heimliche Str. 18: „Jedem das Seine“. — Kämpfer II: Wirtschaftskrisis beim Genossen Eider, Constantin 10. — Marie-Louise Biedel: Heimlicher Str. 18: „Berliner Arbeiterbewegung“. — Reichsverband: Heimlicher Str. 18: „Berliner Arbeiterbewegung“. — Reichsverband: Heimlicher Str. 18: „Berliner Arbeiterbewegung“. — Reichsverband: Heimlicher Str. 18: „Berliner Arbeiterbewegung“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geistliche Arbeiter: Berlin S. 14, Eichenallee 17-18, Saal 2. 22. Mittwoch, 29. Januar, 8 Uhr: 2. Jahresversammlung. — Reichsbanner: 29. Januar, 8 Uhr: 2. Jahresversammlung. — Reichsbanner: 29. Januar, 8 Uhr: 2. Jahresversammlung.

— **Einladung:** Reichsbanner: Donnerstag, 30. Januar, 10 Uhr, im Reichsbannerhaus, Dönhofsplatz.

Berliner Jüdischer Klub, abgt. 1888, 1911, jeden Dienstag, 10½ Uhr, im Reichsbannerhaus, Dönhofsplatz.

Reichsbanner: 29. Januar, 8 Uhr, im Reichsbannerhaus, Dönhofsplatz.

Reichsbanner: 29. Januar, 8 Uhr, im Reichsbannerhaus, Dönhofsplatz.

Reichsbanner: 29. Januar, 8 Uhr, im Reichsbannerhaus, Dönhofsplatz.

Allgemeine Wetterlage.



Am Dienstag lag Deutschland im Bereiche nur geringer Luftdruckerniedrigkeit. Die Winde waren allgemein schwach und unbestimmt. Der Südosten des Reichs hatte bei südöstlichen Winden besseres warmes Wetter, wobei die Temperaturen auf 10 Grad Wärme stiegen. Ebenso warm war es auf den Höhen der deutschen Mittelgebirge. Die schwachwindige Lage dürfte auch weiterhin anhalten. Am Donnerstag ist zeitweilig mit etwas Wetterbesserung zu rechnen.

Wetterausichten für Berlin und weitere Umgegend. Meist neblig-trübe ohne wesentliche Niederschläge, Temperaturen nahe bei Null.

Allgemeine Wetterausichten für Deutschland. Im ganzen Reich meist neblig-trübe, stellenweise aufheiternd; Temperaturen um den Gefrierpunkt schwankend. Schwache Luftbewegung.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 29. 1. Staats-Oper Unter d. Linden. Tel. 43. 8. Mi. Na. 5. Jahres-Ab. V. Na. 28. 19½ Uhr. Carmen. Ende nach 23 Uhr.

Mittwoch, 29. 1. Stadt-Oper Bismarckstr. Turnus III. 20 Uhr. Tiefland.

Staats-Oper an der Spree. Vorst. 18. 19½ Uhr. Die Fledermaus. Ende geg. 2¼ Uhr.

Staatl. Schiller-Theater, Charlifbg. 20 Uhr. Kabale und Liebe. Ende gegen 22¼ Uhr.

Winter Garten.

8.15 Uhr. 1. u. 2. Abt. Original 16 Lewronca Tiller-Girls Paul Westermeyer, Ernst & Yvonne etc.

Volksbühne Theater am Mühlplatz. 8 Uhr. Uraufführung Apollo, Brunnenstraße. Vollstück von Großmann und Hessel. Regie: Jürgen Föllme.

Staatl. Schiller-Th. 4 Uhr. Kabalen. Liebe.

Theater am Schillbauerdamm 1¼ Uhr. Die Gartenlaube.

Variétéoper am Platz der Republik 7½ Uhr. Die Fledermaus.

Theater u. Westens Täglich 8¼ Uhr. Hotel Stadt Lemberg. Musik von Gilbert. Käthe Dorsch. Leo Schützendorf.

Kleines Theat. Merkur 1024. Tägl. 8¼ Uhr. Der Walzer von heute Nacht! Max Adalbert. Erj & Glassner. Hilde Wörner. Hermann Schaub.

Gasparone

Operette von Millöcker. Jedn. Sonntag 8.15, Sonntag 9 Uhr. Neueinführung ab 1. Februar: Jeden Sonnabend 11.30 Uhr. NACHTVORSTELLUNG. Sonntag 8.15 Uhr. „Cordas-Übungen“. Sonnabend 8 und Sonntag 2¼ Uhr. „Der gestiefelte Kater“. Das Theater der billigen Preise: I. Mittelrang 0.70, I. Rangbalkon u. I. Parkett 1.20, Orchestersessel 2.50. Programm u. Garderobe je 0.25 M. (Kein Zwang).

Rose-Theater Gr. Frankfurter Str. 132. 5¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr. Cothlitzer Straße 97.

Der Sensations-Schiager Seine Hohle der Bettler und ein erkl. hantel Programm Für unsere Leser! Iutschein 10 R 1-4 Personen Faust 1.25 M., Sessel 1.75 M., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Lessing-Theater Norden 10.446. Täglich 8 Uhr. Affäre Greyfus von Rehblich und Herzog.

Th. z. Ballendortplatz Vorv. 10-2. Kl. 2091. Täglich 8¼ Uhr. Gastspiel des Deutschen Theaters Menschen im Hotel von Vicki Baum. Regie: Gustaf Gründgens. Svalde Binder, Margerite Koppe, Kemp, Karlwe. 3. 3te u. ed. v. Waiser.

Komische Oper Friedrichstr. 194. Merkur 1401/4330. Allabendlich 8¼ Uhr. Hulla di Bulla Schwank von Arnold und Bach.

Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23. Täglich 8¼ Uhr. Liebe auf den zweiten Blick. Ricmann - Haack. Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

Reichshallen-Theater Abends 8. Sonntag nachm. 3. Steffiner-Sänger Das große Januar-Programm! Den Schluß: „Logis Wildwieser“ Radetzky'sche Feste, sehr Progr.

Odhoff-Brettli 10 große Nummer! Tanz! Falscher-Orchester!

Komische Oper Friedrichstr. 194. Merkur 1401/4330. Täglich 8¼ Uhr. Hulla di Bulla Schwank von Arnold und Bach mit Guido Thielen er. Schutz, Schmitz, Burg, Hildebrand, Walter, Raab, Flak, Schmitz, Wenzel.

Lustspielhaus 8¼. Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23. Täglich 8¼ Uhr. Liebe auf den zweiten Blick. Ricmann - Haack. Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

Operettenhaus Alte Jakobsbr. 20/32. (Zentral-Theater) Täglich 8¼ Uhr. Der Soldat der Marie.

Blumenspenden jedes Wort liefert preiswert Paul Golletz. Robert Meyer. Marienstraße 3. 8¼ Uhr. Sonntag. 8¼ Uhr. 10000.

Theater I. d. Behrenstr. 53-54. A 4 Zentrum 926-927. Direction Ralph Arthur Roberts. 8¼ Uhr. Vater sein, dagegen sehr. Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.).

Renaissance-Theater Täglich 8¼ Uhr. PARISER LEBEN Operette von Offenbach. Regie: Gustav Hartung. Musikalische Leitung: Theo Mackeben. Samstag 8.1 8001 u. 1551/54.

Planetarium am Zoo. Freitags 7.30 Uhr. Samstag 8.30 Uhr. Sonntag 10.30 Uhr. 16¼ Uhr. Die Untersterbilder. 18¼ Uhr. Der Planet Jupiter. 20¼ Uhr. Markwürdige Sterne (Hans Jantsch). Eintritt 1 Mark. Kinder 50 Pf. Mittwochs halbe Kassenpreise.

SCALTA

Tägl. 5 u. 8¼ Uhr. Barbarossa 8256. Pr. 1-8 M. Wochentg. 8 U. 50 Pf. - 8 M. Letzte 3 Tage!

3 Swifts, Corral, 16 Porter-Girls, Anstalt & Arthur. Max Wolf, Florence & Grip usw.

PIAZZA

Tägl. 5 u. 8.13. Sonntag, 2. 5 u. 8¼. A. ex. 8066.

INTERNAT. VARIETE

GROSSES SCHAU-PIELHAUS 6 Uhr. 3 Musketiere. Regie: ERIK CHARELL.

3 Saaltheater nachm. ungek. halbe Pr.

NEUE WELT

Arnold Schütz, 8-Bahn Hermannstr., Kasack 100/14. ELITETAG. Gr. Bockbierfest. 7 Applaus. Neue Dekorationen. 50 bayerische Maße. Donnerstags. Grosses Schweinsschächten. Einlaß: Wochentags 6 Uhr, Sonn. abg. 4 Uhr.

Berliner Theater Dönhofsplatz. Täglich 1¼ Uhr. Die Straße mit Albert Krumpholtz. Regie: Heinz Hilper.

WASCH-TURNIER

(Der Wettkampf der prominenten Waschmaschinen)

wird auf allgemeinen Wunsch und als Größter Erfolg im allgemeinen Interesse bis zur Landwirtschaftlichen Woche und „Grünen Woche“ einschl. verlängert. Zur gleichen Zeit veranstalten wir in unserem Hause eine außerordentliche Ausstellung „Der gedeckte Tisch“ in der ca. 40 geschmackvoll dekorierte festliche Tafeln gezeigt werden. Wir laden höflich zum unverbindlichen Besuch ein.

P. Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Straße 122-123

WASCH-TURNIER

(Der Wettkampf der prominenten Waschmaschinen)

wird auf allgemeinen Wunsch und als Größter Erfolg im allgemeinen Interesse bis zur Landwirtschaftlichen Woche und „Grünen Woche“ einschl. verlängert. Zur gleichen Zeit veranstalten wir in unserem Hause eine außerordentliche Ausstellung „Der gedeckte Tisch“ in der ca. 40 geschmackvoll dekorierte festliche Tafeln gezeigt werden. Wir laden höflich zum unverbindlichen Besuch ein.

P. Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Straße 122-123

WASCH-TURNIER

(Der Wettkampf der prominenten Waschmaschinen)

wird auf allgemeinen Wunsch und als Größter Erfolg im allgemeinen Interesse bis zur Landwirtschaftlichen Woche und „Grünen Woche“ einschl. verlängert. Zur gleichen Zeit veranstalten wir in unserem Hause eine außerordentliche Ausstellung „Der gedeckte Tisch“ in der ca. 40 geschmackvoll dekorierte festliche Tafeln gezeigt werden. Wir laden höflich zum unverbindlichen Besuch ein.

P. Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Straße 122-123

Der Staat und die Reichsbank.

Die Notenbanken in anderen Ländern. — Deutschland ohne Beispiel.

Die Diktatur Schachts über die Staatsfinanzen und seine außenpolitische Nebenregierung legen die Frage nahe, wie weit in anderen Ländern die Autonomie der Notenbanken geht. Denn bis weit hinein ins demokratische Lager wurde die Notwendigkeit der Reichsbankautonomie als schließendes Dogma über den diktatorischen Ehrgeiz Schachts gebreitet und behauptet, die wichtigste Voraussetzung für die Sicherheit der Währung werde erschüttert, wenn der Staat sich gegen Schacht zur Wehr setze. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie weit die Rechte des Staates gegenüber der Notenbank in anderen Ländern gehen, deren Währung nicht weniger solide und stabil ist wie in Deutschland. Vorauszusetzen ist, daß es kein Land der Welt außer Deutschland gibt, in dem die Autonomie der Notenbank so verstanden wird, daß die Notenbank über die Finanzpolitik des Staates und der Kommunen herrschen kann. Eine Institution wie die Beratungsstelle gibt es in keinem anderen Land und wäre auch in anderen demokratischen Ländern undenkbar.

Autonomie im weitesten Sinne hat nur die Bank von England.

Wenn man von Deutschland absteht. Die Bank von England ist rechtlich eine rein private Aktiengesellschaft. Ihre 24 Direktoren werden von der Generalversammlung der Aktionäre gewählt. Der Gouverneur, der faktisch die Bankpolitik dirigiert, wird auf zwei Jahre ernannt; seine Wahl bedarf nicht der Bestätigung durch die Regierung. Das demokratische England hätte natürlich mit einer derartig weitgehenden Autonomie der Notenbank schon längst aufgehört, wenn nicht faktisch das Verhältnis zwischen Notenbank und Staat ein viel engeres wäre, als es aus dem Wortlaut der Statuten hervorgeht. Die Politik der Bank von England befindet sich durchweg und ständig im Einklang mit der Wirtschaftspolitik der Regierung; selbstverständlich richtet sich dabei nicht die Wirtschaftspolitik der Regierung nach der Bankpolitik der Notenbank, sondern das Verhältnis ist umgekehrt. Vor allem haben die Kreditempfänger der Bank von England kein Recht der Mitbestimmung, sondern nur die Kreditvermittler auf Provision (die Accept-Brokers).

Auch in den meisten anderen Ländern ist die Notenbank eine private Kapitalgesellschaft; trotzdem scheidet sich der Staat meist einen personellen Einfluß auf die Leitung. So werden

In Dänemark und Holland

die Leiter der Notenbank zum Teil von der Regierung — und zum anderen Teil von den Aktionären — bestellt, und in Frankreich und Oesterreich wird der faktische Leiter der Notenbank (in Frankreich der Gouverneur, in Oesterreich der Präsident des Generalrats) sogar ausschließlich vom Staat ernannt. Die Organisation der Notenbanken

In Frankreich und Oesterreich

ist auch sonst bemerkenswert. Die Bank von Frankreich wird von einem Generalrat geleitet, der auf fünf Jahre von der Regierung ernannt wird. Die übrigen Mitglieder des aus 18 Personen bestehenden Generalrats werden von der Generalversammlung der Aktionäre, und zwar ebenfalls auf fünf Jahre, gewählt. Der Staat ist überdies durch einen Staatskommissar in der Nationalbank vertreten, der über die Einhaltung der Gesetze und Statuten zu wachen hat. Sehr interessant ist die Zusammenlegung des Generalrats. Obwohl er von der Generalversammlung gewählt wird, ist diese bei der Wahl nicht frei. Die Spitzenorganisationen der Arbeiterbewegung, der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels, der Banken und der Sportstätten präsentieren der Generalversammlung je drei Kandidaten für den Generalrat, von denen die Generalversammlung je einen zu wählen hat. Ferner ist ausdrücklich vorgesehen, daß höchstens vier Mitglieder des Generalrats Bankvertreter sein dürfen. (In der deutschen Reichsbank sind sechs von den sieben deutschen Mitgliedern des Generalrats führende Bankiers und der Präsident ist der Reichsbankpräsident selbst.) Oesterreich ist das erste Land, in dem ein Arbeitervertreter der leitenden Instanz einer Notenbank angehört.

Die Schweiz und Schweden.

Einen anderen Typus von Notenbanken haben die Schweiz und Schweden. In der Schweiz ist der Staat kapitalmäßig an der Notenbank beteiligt, und zwar in der Form, daß die Aktienmehrheit der Notenbank — der Schweizerischen Nationalbank — sich in den Händen der Kantone bzw. Kantonalbanken befindet. Noch stärker überwiegt der Staat im Bantrat, der leitenden Instanz der Notenbank. Er besteht aus 40 Mitgliedern, von denen 23 vom Bundesrat gewählt werden, der Rest von der Generalversammlung, in der aber ebenfalls der staatliche Einfluß dominiert (die Kapitalmehrheit ist öffentlich). Ueberdies ernannt der Bundesrat den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bantrats und die (vom Bantrat vorgeschlagenen) Direktoren.

In Schweden gehört die Notenbank ganz dem Staat — ein Ausnahmefall, den wir nur noch in wenigen anderen Ländern wiederfinden. Die Notenbank Schwedens, die Schwedische Reichsbank, untersteht eigenartigerweise nicht der Regierung, sondern dem Reichstag direkt. Geleitet wird die Reichsbank von sieben Bevollmächtigten, von denen einer, der Vorsitzende, vom König ernannt wird; die übrigen sechs Bevollmächtigten werden vom Reichstag gewählt. Die Bevollmächtigten wählen aus ihrer Mitte die Direktoren. Die Amtszeit der Bevollmächtigten und Direktoren beträgt drei Jahre. Außerdem wählt der Reichstag jährlich 12 Revisoren.

Der Vergleich mit Deutschland.

Bergleicht man die Organisation der Notenbank in den wichtigsten europäischen Ländern (von der sehr komplizierten Organisation des Notenbankwesens in den Vereinigten Staaten mußte Abstand genommen werden, weil sie vom europäischen Typus der Notenbankorganisation allzu stark abweicht) mit der Organisation der deutschen Reichsbank und bringt sie in Beziehung zu den jüngsten Vorgängen, so ist folgendes festzustellen: Nahezu in allen Ländern ist die Notenbank sowohl organisatorisch wie personell aufs engste mit dem Staat verbunden. Trotzdem braucht unter dieser Organisation die Entschluß- und Bewegungsfreiheit der Notenbank nicht zu leiden, wie die Geschichte und Praxis der meisten Notenbanken beweist. England hat zwar eine ähnlich weitgehende Autonomie der Notenbank wie Deutschland. Aber die 1796 gegründete Bank von England hat in der Praxis eine Tradition geschaffen, die die enge Verbindung zwischen Notenbank und Staat absolut gewährleistet; die Banklandschaft hat außerdem keinerlei Einfluß; das vorbildet in England der laienmännliche Laik.

In Deutschland unterstand die Notenbank bis zum Jahre 1922 auch der unmittelbaren Leitung des Reichskanzlers. Das Reichsbank-

tutorium (heutiger Generalrat) war ausschließlich vom Staat bestellt; das galt sogar bis 1924. Freilich hatte auch hier die Tradition einen weiten Spielraum für das Reichsbankdirektorium und den „Präsidenten“ geschaffen. Diese Mischung von formeller Abhängigkeit der Notenbank und faktischer innerer Autonomie hat sich fast 30 Jahre lang behauptet; es war nur die höhere Gewalt des Krieges und der Sanktionen, die die Störung des Währungswesens verschuldet. Seit 1922 hat die Reichsbank trotz ihrer Autonomie sich der Notenschöpfung geopfert. Bekanntlich konnte aber keine Organisation des Währungswesens in den kriegsführenden Ländern den Mißbrauch der Notenpresse durch den Staat verhindern.

Nur unter dem Druck des Auslands wurde die Organisation der Reichsbank geändert, daher auf unorganische, den Eigenbedürfnissen des deutschen Staates nicht entsprechende Weise. Die Haager Vereinbarungen sehen das Bestätigungsrecht des Staatspräsidenten gegenüber dem Reichsbankpräsidenten vor. Aber dieser Einfluß des Staates wird durch die Zulassung des Generalrats fast illusorisch gemacht. Der Generalrat soll weiter, wie bisher, ein Bankierklub bleiben. Die Kunden der Reichsbank bestimmen ihre Leitung und Politik. Selbst das Revozierungsrecht des Generalrats (Zuwahl aus eigenem Recht) soll bestehen bleiben. Das ist praktisch die unumschränkte Herrschaft des Finanzkapitals über die Reichsbank, für die es in der ganzen Welt nicht ein einziges Beispiel gibt. In einem demokratischen Staat muß auch in die Leitung der Notenbank ein demokratisches Element eingebaut sein, mindestens in ähnlicher Weise wie in die Organisation der österreichischen Notenbank.

Hefoga keine Entscheidung.

Vertagte Beschlussfassung über die Ferngasverträge.

Die Geschäftsherrerversammlung der Hessischen Kommunalen Gas-N.G., in der die Entscheidung über die Ferngasverträge mit Ruhr und Saar fallen sollte, hat die Beschlussfassung bis zur Klärung der noch bestehenden Zweifel und Bedenken vertagt. Die Vertagung bedeutet keine Besserung der Erfolgsaussichten für die Ruhrgas-N.G., wenn die Vertreter des ablehnenden Standpunktes nachsommer genug bleiben.

Ostpreussisches Staatsrentnerium.

Herr Hartung „berichtigt“.

Mit der Ueberschrift „Ostpreussisches Staatsrentnerium“ haben wir in der vorigen Woche das Verhalten der Leitung der Uniongiecherei in Königsberg gekennzeichnet, und zwar deshalb, weil diese bereits in Konturs gegangene Firma geldliche Hilfe des Reichs zu ihrer Sanierung verlangt, den Reich aber jegliches Mitbestimmungsrecht über die Betriebe verlagert will und darüber hinaus das Reich und den Steuerzahler noch mit der Behauptung beschimpft, es würden staatssozialistische Ziele gegenüber der Uniongiecherei verfolgt. In diesem Zusammenhang nannten wir auch Herrn Direktor Hartung als den Hauptverantwortlichen eines solchen unqualifizierbaren Verhaltens.

Herrn Hartung hat diese Charakterisierung naturgemäß nicht gefallen und er sendet uns unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung, zu deren Wiedergabe wir uns nicht verpflichtet fühlen, deren Inhalt wir aber dennoch gern bekannt geben. Einmal stellt Herr Hartung fest, daß er keine Aktien der Uniongiecherei besitze. Dann aber sagt Herr Hartung, daß die Verwaltung der Union — man staunt über die Kühnheit der Behauptung — vom Reich wegen der geplanten Umänderung weder gefragt noch gehört worden sei.

Diese Behauptung ist wahrlich mehr als verunwürdigend. Mit der Verwaltung der Union, und zwar mit Herrn Hartung persönlich sowie mit seinem Vizepräsidenten Brehm wurde von Reichs wegen nämlich nicht nur einmal, sondern mehrere Male verhandelt. Herr Hartung und Herr Direktor Brehm wurden sogar zu Verhandlungen noch hinzugezogen, als das Reich schon nur noch mit dem Konkursverwalter zu verhandeln gehobt hätte. Bei diesen Verhandlungen wurde auch ganz klar gesagt, welche Absichten das Reich habe, und Herr Hartung und Herr Brehm haben dazu auch Stellung genommen. Es ergab sich freilich dabei die Differenz, daß Herr Hartung sich in Widerspruch mit seinem Vizepräsidenten setzte und sich gegen die Absichten des Reiches aussprach.

Endlich behauptet Herr Hartung, daß unsere sachliche Darstellung über die Fortführung eines Teils der Betriebe ebenfalls den Tatsachen durchaus nicht entspricht. Wir haben uns nach einmal davon überzeugt, daß unsere Feststellungen im ganzen richtig sind. Wir fügen jetzt nur hinzu, daß Herrn Hartungs „Richtigstellung“ nicht ein einziges Wort darüber enthält, weshalb und an welchem Punkte unsere Darstellung falsch wäre.

Unzufriedene Reichsbahn.

Tagung des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hat in Berlin wieder getagt. Nach einer Mitteilung über diese Tagung wurden im November und Dezember die veranschlagten Betriebseinnahmen nicht erreicht, und auch für den Januar sei kein günstiges Ergebnis zu erwarten. Die am 1. Februar eintretende Erhöhung der Berliner Stadtbahn- und Vorortbahntrasse werde jährlich nur etwa 17 Millionen Mark neue Einnahmen bringen. Der Verwaltungsrat ermächtigte die Hauptverwaltung zu Verhandlungen über die im Haag festgelegte Beteiligung der Reichsbahn an dem deutsch-französischen Mobilisierungskredit. Nach Prüfung aller zum Ausgleich der Betriebsrechnung vorhandenen Möglichkeiten wurde der Generaldirektor mit weiteren Schritten bei der Reichsregierung beauftragt.

Da Herr Dormüller sicherlich nicht erklären wird, daß die Reichsbahn auf die von ihr beantragte Tarifserhöhung verzichtet, dürfte ein neuer Druck auf die Reichsregierung für die Erhöhung der Tarife zu erwarten sein.

Generalversammlung der Reichsbank.

Am 15. Februar.

Die Generalversammlung der Reichsbank findet am Sonnabend, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen neben der Vorlegung des Verwaltungsberichts nebst Bilanz und Gewinnberechnung für 1929, Beschlussfassung über Veränderung des Bankgesetzes, Bestätigung der Wiederwahl zweier deutscher Mitglieder des Generalrats, Ergänzungswahlen zum Zentralausschuß und sonstiges.

Halle erhöht die Tarife.

Zur Sicherung einer städtischen Werksanleihe.

Die Stadt Halle (Saale) hat vor acht Wochen ihre Gas-, Kraft-, Wasser- und Verkehrsbetriebe in eine Aktiengesellschaft eingebracht, um die Kreditbeschaffung für die Werke zu erleichtern. Die Werke haben jetzt — wie es heißt mit einer mitteldeutschen Bank — einen Anleihevertrag über 6,7 Millionen Mark auf fünf Jahre zu 9 Proz. abgeschlossen; der Erlös soll zur Rückzahlung eines Kredits der Stadtkasse verwendet werden. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung der Tarife für Strom, Gas, Wasser und die Straßenbahn von den Warten beschlossen, um die für die Anleihe erforderlichen Sicherheiten zu schaffen.

Die kommunale Kredittrosterhebung führt also auch andernorts zu Tarifierhöhungen. Berlin steht nicht allein.

Hannoversche Bodenkreditbank.

12 Proz. Dividende verteilt die von der Arbeiterbank herrschte Hypothekendarbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. hat seit einigen Jahren in der hannoverschen Bodenkreditbank in Hildesheim, die jetzt auch in Berlin eine Filiale unterhält, einen maßgebenden Einfluß. Im Aufsichtsrat und im Direktorium sitzen Vertreter der Arbeiterbank und der freien Gewerkschaften. Wie wir erfahren, hat die Hildesheimer Hypothekendarbank auch im vergangenen Jahre wieder zufriedenstellend gearbeitet. Auf das Kapital von 36 Millionen Mark können, wie in den Vorjahren, an die Aktionäre wieder 12 Proz. Dividende verteilt werden.

J. G. Farben ist zufrieden.

Aber man übt wieder meisterhafte Schweigsamkeit.

Die J. G. Farbenindustrie A.-G. hat für das letzte Quartal des vergangenen Jahres ihren Vierteljahresbericht veröffentlicht. Gegenüber dem dritten Quartal hat sich danach wenig verändert. Das inländische Farbstoffgeschäft ist leicht verbessert, der Auslandsabsatz war im ganzen gut. Chemikalien blieben auf dem Niveau der ersten Dreimonatsjahre. Der Stickstoffabsatz ist normal, die Verständigung mit den Stickstoffproduzenten des Ruhrgebiets wird erwähnt. Von dem Abkommen mit Rockefeller Standard Oil Company wird nichts weiteres gesagt, als daß die Standard Oil das ihr von der J. G. Farben verkaufte Kohlenflüssigkeitsverfahren zur Anwendung bringen will. Pharmazeutische Produkte hatten trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten größeren Absatz als im Vorjahr, während photographische Artikel und Kinasolins etwas zurückgegangen sind. Die Kunstfaserfabriken seien bei unbedeutenden Preisen voll beschäftigt. Der Geschäftsgang könne im ganzen als befriedigend bezeichnet werden.

Was die Deffektivität interessiert, die Bedingungen des Patentverkaufs an Standard Oil, der Stand der künstlichen Benzinherstellung in Leuna sowie die Entwicklung des Stickstoffgeschäftes, das wird auch in diesem Quartalsbericht der Deffektivität wieder sein säuberlich verschwiegen.

Getreide-Kredit-Bank A.-G. 8 Proz. Dividende. Der Aufsichtsrat der Getreide-Kredit-Bank A.-G. beschloß gestern, der auf den 27. Februar einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, nach erheblichen Abwägungen eine Dividende von 8 Proz. (im Vorjahre 10 Proz.) zur Verteilung zu bringen.

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste. Die Zähne erhalten darnach einen wundervollen Eifenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mitgezähntem Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürsten Einheitspreis 1 Mark bei höchster Qualität. — Man verlange nur echt Chlorodont in blau-weiß-grüner Originalpackung und weise jeden Ersatz dafür zurück.

